:antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 7.4.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Wir sind alle „Dresden Nazifrei!“

Am 19. Februar 2011 verhinderten 20.000 Menschen den Aufmarsch von Neonazis in Dresden. Der geplante Großaufmarsch konnte nicht nur, wie im letzten Jahr, gestoppt werden – die Nazis schafften es teilweise nicht einmal, zu ihrem Versammlungsort zu gelangen. Die Neonazis haben eine empfindliche Niederlage in dem von ihnen ausgerufenen „Kampf um die Straße“ hinnehmen müssen. Dieser Erfolg ist durch eine spektrenübergreifende Mobilisierung, die Entschlossenheit tausender AktivistInnen und eine intensive Vorbereitung ermöglicht worden.

Der bittere Nachgeschmack...

Am Abend des 19. Februar stürmten Sondereinheiten der Polizei das „Haus der Begegnung“ in Dresden. Türen wurden aufgebrochen, 20 Personen mehrere Stunden festgenommen, Computer und Mobiltelefone beschlagnahmt. Eine Privatwohnung und ein Anwaltsbüro wurden ebenfalls durchsucht. In dem Gebäude befanden sich auch Engagierte des Bündnisses, die sich an diesem Tag um die Pressearbeit kümmerten. Die Polizei erklärte, Telefonüberwachungen hätten sie an diesen Ort geführt. Inzwischen ist klar: Eine Ermittlung nach §129 „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ läuft gegen das Bündnis „Dresden Nazifrei“. Mit Telefonüberwachung, Observationen und Sondereinheiten gegen ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, das von Gewerkschaften und Parteien bis zu Antifagruppen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen reicht. Angesichts des brutalen Polizeieinsatzes tagsüber sprach der Vizepräsident des Bundestages, Wolfgang Thierse, von einer eigenartigen „Sächsischen Demokratie“. Was hätte er wohl nach diesem Akt polizeilicher Willkür gesagt? Im Februar 2011 forderte die sächsische NPD ein Verfahren nach §129 gegen „Dresden Nazifrei“. Bereits seit Oktober 2010 ermittelte offensichtlich das LKA Sachsen ganz im Sinne der Neonazis. Wir fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren, eine unabhängige Untersuchung der gewaltsamen Durchsuchung des „Haus der Begegnungen“ und die Feststellung der Unrechtmäßigkeit der Polizeiaktion.

Und es geht weiter: Wir sind alle „Dresden Nazifrei!“

Wir erklären uns weiterhin solidarisch mit allen, die einen der größten Neonaziaufmärsche Europas verhindert haben. Im Januar 2010 haben die Razzien der Staatsanwaltschaft gegen „Dresden Nazifrei“ zu einer ungeahnten Welle der Solidarisierung geführt. Am Ende stand die erstmalige Verhinderung von Europas größtem Neonaziaufmarsch. In diesem Jahr versucht die Staatsanwaltschaft, ein breites gesellschaftliches Bündnis als „kriminelle Vereinigung“ zu verunglimpfen. Wir hoffen auf eine weitere breite Solidarisierung, um diesen absurden Versuch ins Leere laufen zu lassen, am Ende werden wir Europas größten Naziaufmarsch gemeinsam Geschichte werden lassen!

www.dresden-nazifrei.com n

Aus dem Inhalt:

1. Mai Bremen – den Nazis keinen Meter! 6
Zur Lage der Flüchtlinge in Nordafrika 13

Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ fordert Einstellung des Ermittlungsverfahrens

ErstunterzeichnerInnen

Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena • Dr. Albrecht Schröter (Oberbürgermeister Jena, SPD) • Angela Marquardt (SPD) • Anja Siegesmund (MdL, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag) • Annamateur (Musikerin) • Antifaschistische Linke Berlin • Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen • Astrid Rothe-Beinlich (Mitglied im Bundesvorstand, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag) • Avanti - Projekt undogmatische Linke • Beatpoten (Band) • Björn Böhning (Vorsitzender Forum DL21 e.V., SPD) • Bodo Ramelow (MdL, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE Thüringen) • Caren Lay (MdB, Bundesgeschäftsführerin DIE LINKE) • Christine Buchholz (MdB, Parteivorstandsmitglied DIE LINKE) • Eva Jähnigen (MdL Bündnis 90 / Die Grünen, Sachsen) • Fels – Für eine linke Strömung • Frank Augsten (MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen) • Frank Werneke (stellvertretender Vorsitzender ver.di) • Henning Homann (MdL, SPD Sachsen, Sprecher für demokratische Kultur und zivilgesellschaftliches Engagement SPD) • Johannes Lichdi (MdL Bündnis 90 / Die Grünen, Sachsen) • Katja Kipping (MdB, stellvertretende Parteivorsitzende DIE LINKE) • Katy Hübner (Bundesjugendsekretärin IG BCE) • Klaus Ernst (MdB, Parteivorsitzender DIE LINKE) • Konstantin Wecker (Liedermacher) • Markus Schlimbach (stellvertretender Vorsitzender DGB Sachsen) • Matthias Machnig (Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, SPD Thüringen) • Monika Lazar (MdB Bündnis 90/Die Grünen) • Peter Metz (MDL, SPD Thüringen) • Renate Licht (Vorsitzende DGB Thüringen) • Rene Rudolf (Bundesjugendsekretär DGB) • Rico Gebhardt (MdL, Landesvorsitzender DIE LINKE Sachsen) • Ringo Bischoff (ver.di Bundesjugendsekretär) • Rote Hilfe, OG Berlin • Sascha Vogt (Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD) • Sebastian Krumbiegel (Sänger Die Prinzen) • Stephan Kühn (MdB Bündnis 90 / Die Grünen) • Thomas Voß (Landesleiter des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) • VVN-BdA, Berlin

Stolberg 2011

Am kommenden Wochenende 8./9. April wollen die Nazis erneut in Stolberg einfallen und am Freitag Abend sowie am Samstag tagsüber im Wohnviertel Stolberg Mühle die dort lebenden Einwohnerinnen und Einwohner in Angst und Schrecken versetzen. Das „Bündnis gegen den Naziaufmarsch in Stolberg“, dem sich inzwischen viele Menschen und Organisationen aus der Region angeschlossen haben, will das verhindern. Informationen, Hintergründe sind folgenden websites zu entnehmen:

http://www.aachen.vvn-bda.de
http://blockieren.mobi

Brinkmann zurückgetreten

Berlin. Der Berliner Landesvorsitzende der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Deutschland“, Patrik Brinkmann, ist Ende März von allen Parteiämtern zurückgetreten. Brinkmann reagierte damit auf die Nominierung Alexander Schlesingers für den Berliner Bezirk Mitte. Dieser soll homosexuell sein und der NPD angehört haben. Der als vermögend geltende Brinkmann unterstellt „Dekadenz“ sowie „Unterstützung des Nationalsozialismus und Antisemitismus“. Schlesinger verstoße „gegen alle Kriterien. Ich wusste von diesen Dingen nichts. Manfred Rouhs hat mich offenbar bewusst falsch informiert. Damit ist jede Grundlage für eine Zusammenarbeit entzogen“, erklärte Brinkmann. Dieses Ereignis stelle „den Schlusspunkt einer längeren Entwicklung dar“. Ein „gemeinsames Agieren aller islamkritischen Kräfte“ sei so unmöglich. „Wenn Pro Deutschland auf einer Ebene mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit agiert, dann ist es Zeit, die Notbremse zu ziehen.“ „Pro-Deutschland“-Chef Manfred Rouhs, selbst einst Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“, erklärte gegenüber dem „Der Tagesspiegel“, er werde Brinkmann auffordern, die Kandidatur für die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf zurückzuziehen. Er hielt Brinkmann vor, finanzielle Versprechen nicht eingehalten zu haben. *hma* ■

Gedenkfeiern auf Kreta

Kreta. Der „Bund Deutscher Fallschirmjäger“ (BDF) will aus Anlass des 70.Jahrestags der Kämpfe um Kreta bei den diesjährigen Gedenkfeiern in der Suda-Bucht und in Maleme verstärkt Präsenz zeigen. Organisiert wird deshalb für den 18. bis 25. Mai eine Reisegruppe für „BDF-Mitglieder, Veteranen, militärhistorisch Interessierte und deren Angehörige/Lebens-partner“. Gemeinsam will man militärhistorische Stätten besuchen und am 21. und 22. Mai an den Gedenkfeiern auf Kreta teilnehmen. *hma* ■

„Sprachwahrer“ Ramsauer

Erlangen. Die „Deutsche Sprachwelt“ hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer zum „Sprachwahrer des Jahres 2010“ gewählt. Mit 25,3 % wurde Ramsauers „Deutsch-Initiative“ auf den ersten Platz gewählt. „Schriftleiter“ Thomas Paulwitz, auch Autor in der „Jungen Freiheit“, bezeichnete Ramsauer als verlässlichen Anwalt der deutschen Sprache und lobte dessen Initiative, in seinem Ressort entbehrliche Anglizismen zu tilgen. Auch setze sich Ramsauer dafür ein, dass die Deutsche Bahn weniger „Denglisch“ verwende. So sei z. B. aus dem „Travel Management“ die „Reisestelle“ geworden. *hma* ■

Ermittlungen gegen Hooligans

Niederlande/Den Haag. Die Staatsanwaltschaft in Den Haag ermittelt gegen Fans des Ehrendivisionärs ADO Den Haag. Diese sollen Ende März an einer Feier nach dem 3:2-Erfolg über Ajax Amsterdam teilgenommen haben. Nach Informationen der Polizei soll im ADO-Fanclub eine Gruppe Hooligans „Hamas, Hamas, vergas Juden“ gerufen haben. *hma* ■

„Lebensschützer“-Demo in Freiburg

Freiburg im Breisgau. Auf den Internetseiten der umstrittenen „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ wird ein „Gebets- und Demonstrationszug zum Schutze des Lebens“ am 29. April in Freiburg beworben. Er soll um 17 Uhr vor „Pro Familia“ beginnen und durch die Innenstadt zum Kartoffelmarkt ziehen. Hier soll auf einer Kundgebung um 18.45 Uhr der Vorsitzende der „Aktion Leben e.V.“, Walter Ramm, sprechen. *hma* ■

Rechtsextreme der Stadt verwiesen

Hannover. Neonazis haben am Wochenende (25.3.) in der Wunstorfer Innenstadt (in der Nähe von Hannover) das verbotene Horst-Wessel-Lied angestimmt. Die 22 Rechtsextremisten aus Wunstorf und Stadthagen versammelten sich zu einer Demonstration gegen das alternative Jugendzentrum „Wohnwelt“. Die Polizei löste die Gruppe auf, stellte die Personalien der Beteiligten fest und forderte die angereisten Rechtsextremisten auf, die Stadt zu verlassen. Die Neonazis hatten mit der Versammlung auf eine zeitgleiche Kundgebung des Vereins „Lebenstraum“ reagiert. Die Mitglieder betreiben in der „Wohnwelt“ einen linksalternativen Infoladen, dem die Schließung bevorsteht, weil die Stadt den Raum nicht länger zur Verfügung stellen will. *bee* ■

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28.3.2011

Northeim will NPD-Parteitag verhindern

Northeim. Die Stadt Northeim will mit einer kurzfristigen Änderung der Benutzungsordnung verhindern, dass die NPD ihren diesjährigen Landesparteitag in der Northeimer-Stadthalle abhalten kann. Der NPD-Landesvorstand habe sich bei der Stadt gemeldet und die Anmietung der Stadthalle beantragt, heißt es von Seiten der Stadt. Als Haupttermin für den geplanten Parteitag sei der 17. April genannt worden, daneben habe die rechtsextreme Partei acht Ausweichtermine in den Monaten April und Mai angegeben. Die Stadt habe daraufhin rechtliche Schritte überlegt, um dies zu verhindern. Auf der kommenden Ratssitzung soll eine Änderung der Miet- und Benutzungsordnung für die Northeimer Stadthalle verabschiedet werden, nach der dann nur noch kulturelle Veranstaltungen sowie Veranstaltungen, die einen regional-spezifischen Bezug zu Northeim haben zugelassen werden. Die Änderung bedeutet, dass auch andere Parteien keine Bundes- oder Landesparteitage mehr in der Stadthalle abhalten dürfen.

Im vergangenen Jahr war die NPD mit ihrem Versuch gescheitert, ihren Landesparteitag im Kurhaus in Bad Gandersheim abzuhalten. Einer der damaligen Miteigentümer des Kurhauses hatte den Mietvertrag abgeschlossen, ohne seinen Kompagnon davon in Kenntnis zu setzen. Auf dessen Antrag hin untersagte das Amtsgericht Bad Gandersheim die Veranstaltung. Die NPD wich daraufhin kurzfristig in eine Gaststätte in Wilhelmshaven aus. *bee*

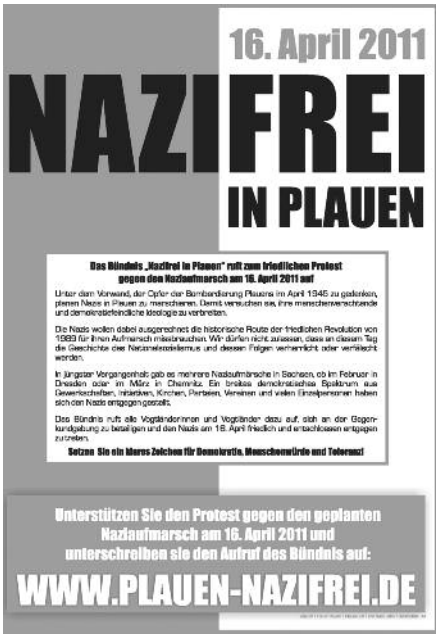
Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 19.3.2011 ■

„Nazifrei in Plauen“ gegründet

Auf Initiative des Aktionsnetzwerks „Buntes Vogtland“ hat sich am 11.3.2011 ein breites demokratisches Spektrum aus Gewerkschaften, Initiativen, Kirchen, Parteien und Vereinen zu einem Bündnis „Nazifrei in Plauen“ zusammengefunden.

Anlass dafür ist der geplante Naziaufmarsch am 16. April 2011 in Plauen.

Dem Bündnis gehören unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die IG Metall, die Ev.-Luth. St.-Johannis-Kirche Plauen, die Mobile Jugendarbeit Plauen e.V., Forum Kunst / Plauen e.V., die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Vivere – Leben für Vielfalt und Courage e.V., die MOVE-Kontaktstelle gegen Rechts, das Fanprojekt Plauen – Vogtland e.V., die Bürgerplattform für demokratische Erneuerung e.V., das Bürgerforum Sozialkultur, attac, die Jusos, die Linksjugend [‘solid], sowie die Parteien SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen an. Zur Gründung des Bündnisses erklären die Sprecher: „Nazis überziehen derzeit unser Land mit Gedenk- und Trauermärschen in der Absicht, die Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Folgen zu verfälschen. Wie erfolgreich sie damit in Plauen sein werden, liegt in unserer Hand.



Wir, die Bündnispartner, sind einhellig der Meinung, dass wir an diesem Tag den Nazis nicht unwidersprochen den öffentlichen Raum überlassen dürfen.

Um alle Vogtländerinnen und Vogtländer zu einer Protestaktion zu mobilisieren, werden wir in der kommenden Woche mit unserem Aufruf an die Öffentlichkeit gehen.

Höchstes Anliegen des Bündnisses ist die friedliche, gewaltfreie Organisation und vor allem Durchführung unseres Protests. Dazu planen wir eine friedliche Gegenkundgebung am 16. April in der Plauener Innenstadt.

Plauen ist eine weltoffene und tolerante Stadt, in der es für Nazis keinen Platz gibt!

Dafür möchten wir an diesem Tag ein klares Zeichen für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde weit über die Grenzen unseres Vogtlandes hinaus setzen.

Unterstützung wurde uns bereits aus dem Rathaus signalisiert. Es werden in der kommenden Woche Gespräche mit dem Oberbürgermeister stattfinden."

Bündnis „Nazifrei in Plauen"
Plauen, den 20. März 2011
www.plauen-nazifrei.de ■

Landesregierung verkennt neofaschistische Gefahr

NRW. Eine Große Anfrage der Linksfraktion im Landtag zum Thema „Neofaschismus in Nordrhein-Westfalen" ist jetzt durch die Landesregierung beantwortet worden. Anna Conrads, innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW, allerdings ist empört: „Das ist ungeheuerlich! Die Antwort der rot-grünen Minderheitsregierung illustriert die permanente Untertreibung der realen Gefahr, die von neofaschistischen Organisationen und Parteien in NRW ausgeht." Die Abgeordnete hatte von der Landesregierung ausführliche Informationen zu neofaschistischen Strukturen und Aktivitäten in NRW gefordert und muss nun festellen, „dass die Landesregierung es tatsächlich fertig bringt, Menschen, die nachweislich von Neofaschisten ermordet wurden, nicht in der Statistik zu nennen." So unterschlägt die Landesregierung die Ermordung dreier Dortmunder Polizeibeamter im Jahr 2000 durch den Neonazi Michael Berger sowie die Ermordung des Punks Thomas Schulz, der im März 2005 in Dortmund vom Rechtsextremisten Sven Kahlin erstochen wurde.

Jedes Jahr kommt es in NRW zu über 5000 Straftaten mit rechtem Hintergrund – 100 pro Woche. Die Dunkelziffer dürfte nach Expertenangaben indes um rund ein Drittel höher liegen. In Dortmund oder auch der Region Aachen gehören die alltägliche Bedrohung durch Neonazis sowie Anschläge auf Büros, Privatwohnungen und Ladenlokale vermeintlicher Nazigegner bereits zum Alltag.

„Ich fordere die Landesregierung dringend auf, endlich aufzuhören, die neofaschistische Gefahr weiter zu verharmlosen und endlich spezifische Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt einzurichten, wie sie meine Fraktion nach dem Vorbild der meisten anderen Bundesländer auch für NRW fordert," so Conrads.

Katharina Schwabedissen, Landessprecherin der LINKEN in NRW ergänzt: „Entgegen der Behauptung der Landesregierung ist es vielfach nicht der Fall, dass Menschen, die von Neonazis im Internet oder per Flugblattaktion bedroht bzw. geoutet werden, von der Polizei darüber informiert werden. Auch wurden in der Vergangenheit zum Beispiel in Dortmund von Neofaschisten begangene Sachbeschädigungen nicht als rechte Gewalt klassifiziert, selbst wenn am Tatort eindeutige Symbole hinterlassen wurden."

Weiter sagte sie: „Entweder hat das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz keine Informationen über die Neonaziszene oder die fragwürdige Behörde will diese nicht zugänglich machen. In beiden Fällen stellt sich die Frage, warum das so ist."

Anna Conrads ist innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW ■

Erfolg für „Bündnis Köln-Nord gegen Rechts" – Nazistammtisch fand nicht statt

Köln. Ein rechtsradikaler Stammtisch mit dem Namen „Freiheitsstammtisch" war in einem altehrwürdigen Esslokal in Köln-Nippes angemeldet worden. Ausgerechnet im „Goldenen Kappes" , über dessen Eingang noch immer der Davidstern hängt und dessen ursprünglicher Besitzer in der Nazidiktatur wahrscheinlich ermordet wurde, wollten diese „Freiheitlichen" sich treffen.

Aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt und ohne das Bündnis „Köln-Nord gegen Rechts" gemacht. Nur wenige Stunden wurden 23 Leute in Nippes zusammengetrommelt und dies scheint die 12 Braunen unangenehm beeindruckt zu haben, die „unauffällig" vor dem Eingang herumstanden. Wir begannen sie zu fotografieren und sie fühlten sich sichtlich unwohl dabei. Schließlich tauchte ein Vorstandsmitglied unseres Nippesser Karnevalsvereins („Appelsienenfunken" wegen der orange/weißen Uniform genannt) und drohte dem mittlerweile erschienenen Geschäftsführer an, dass man dafür sorgen werde, dass künftig kein Karnevalist mehr den Laden betreten werde, wenn die braune Brut sich darin breit machen dürfte.

Die Mitglieder unseres derweil an drei Tischen lagernden Bündnisses bekamen von ihm noch ein Bier spendiert, bevor er das Lokal wieder verließ. Erfreut waren wir auch darüber, dass der örtliche SPD-Bezirksbürgermeister erschienen war und sich demonstrativ zu uns gesellte. Die braune Truppe vor dem Lokal hatte mittlerweile von dem Geschäftsführer Lokalverbot erhalten und zog still schmollend von dannen... noch einige hundert Meter von Antifas beobachtend begleitet. Eine erfolgreiche Aktion, die für die große Mobilisierung am 7. Mai in Köln hoffnungsvoll stimmt!

Bündnis Köln-Nord gegen Rechts ■

Fritz Bringmann verstorben

Mit tiefer Trauer müssen wir den Tod von Fritz Bringmann vermelden. Fritz Bringmann starb Ende März im Alter von 93 Jahren. Er war deutscher Kommunist und Widerstandskämpfer. Er wurde fast 10 Jahre von den Nazis eingekerkert, davon viele Jahre in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Neuengamme. Trotz Terror und Misshandlungen blieb er standhaft und half seinen Mithäftlingen.

Nach der Befreiung engagierte er sich in der VVN und insbesondere in der Amicale Internationale de Neuengamme, deren Generalsekretär, Vizepräsident und später Ehrenpräsident war. In diesem Rahmen spielte er viele Jahre eine verdienstvolle Rolle in der FIR.

Wir übermitteln den Angehörigen, seinen Mitstreitern und Freunden in der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V. unser tief empfundenes Mitgefühl. Wir werden ihm ein ehrenden Andenken bewahren.

Dr. Ulrich Schneider
Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste ■

Nicht noch mehr „Kennedys"!

BERLIN. „Die Bundesregierung kündigt an, linke Organisationen noch stärker mit Spitzeln zu durchsetzen als bisher. Diese Pläne gehören dringend in den Mülleimer" fordert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Die Bundesregierung kündigte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion (17/4833) verschärfte Maßnahmen gegen die linke Szene an. Jelpke weiter: @Der Verfassungsschutz betreibt derzeit ein Projekt mit dem Titel „Verstärkte Aufklärung der gewaltbereiten Szenen durch menschliche Quellen." Die Bundesregierung bestätigt, sie wolle den Einsatz von „Vertrauensleuten" in der linken Szene ausweiten, weil dies „eines der effektivsten nachrichtendienstlichen Mittel zur Informationsbeschaffung" sei.

Gerade erst haben wir anhand der Affäre um den britischen Polizeispitzel Mark Kennedy alias Stone erfahren, wie lückenhaft die Kontrolle solcher Spitzel ist. Kennedy hat jahrelang die linke Szene in Europa unterwandert und dabei nicht nur zu Straftaten angestachelt, sondern auch selbst welche begangen, wie etwa das Anzünden von Mülltonnen am Rande von Demonstrationen. Sein Einsatz geriet völlig außer Kontrolle. Wenn der Verfassungsschutz nun sein Spitzelprogramm ausweitet, sind noch mehr „Kennedys" vorprogrammiert, das heißt noch mehr Straftaten im Namen der Staatsräson, noch mehr Überwachung linker Organisationen und noch mehr Abbau demokratischer Rechte.

Nicht minder abenteuerlich ist die Behauptung der Bundesregierung, ihre sogenannte „Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität" – die sie unter Verschluss hält - sei notwendig, um angebliche „Gewaltexzesse" linker Gruppen zu bekämpfen. Den Nachweis solcher „Exzesse" bleibt sie schuldig. Heuchlerisch ist zudem ihre Rechtfertigung, man müsse gegen Antifa-Gruppen vorgehen, weil deren Proteste gegen Nazi-Aufmärsche „eventuell vorhandene bürgerliche Proteste zu diskreditieren" drohten. Dabei haben vorigen Monat in Dresden linke Organisationen gemeinsam mit anderen politischen Spektren den Naziaufmarsch erfolgreich verhindert. Nur CDU und FDP waren nicht dabei - diese versuchen vielmehr, die Linken zu kriminalisieren und gehen in Sachsen sogar mit dem Paragraphen 129 („kriminelle Vereinigung") gegen das Bündnis „Dresden Nazifrei" vor. Letztlich geht es der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien nur darum, linke Proteste zu kriminalisieren. Damit stärken sie nicht den Rechtsstaat, sondern allenfalls die Nazis.

Ulla Jelpke, MdB, www.ulla-jelpke.de ■

Stolberg: Neofaschismus-Ausstellung abgesagt

STOLBERG. Im Vorfeld des Neonaziaufmarsches am 8./9. April in Stolberg sollten Informationsveranstaltungen über die Gefahr des Neonazismus informieren. Das Stolberger Bündnis hatte deswegen die von der Gewerkschaft Verdi und der VVN-Bund der Antifaschisten erstellte Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik" bestellt. Flugblätter und Plakate waren bestellt, Aufkleber mit den örtlichen Angaben über Anfangszeiten und Orte waren hergestellt. Kurz vor dem Datum der geplanten Eröffnung der Ausstellung wurde die VVN-BdA telefonisch von Bürgermeister Gatzweiler (SPD) darüber informiert, dass sowohl die Ausstellung als auch die Veranstaltungen abgesagt würden. Da es keine schriftlichen Stellungnahmen des Bündnis gibt, sind wir auf Hören-Sagen angewiesen.

Trotzdem können wir diesen Affront nicht kommentarlos hinnehmen. Es sind sinnlos erhebliche Anstrengungen unternommen und Gelder ausgegeben worden, nur weil das Bündnis seine Zusagen nicht einhalten konnte oder wollte. Die Planung der Veranstaltungen im Vorfeld des Naziaufmarschs begann im letzten Herbst. Die Ausstellung ist von Beginn an im Netz zu begutachten. Es handelt sich um eine aktualisierte Fassung der Ausstellung, die bereits in der Stadtbücherei zu sehen war.

Versuchen wir den Pudding an die Wand zu nageln. Es ist schwer auf Argumente einzugehen, die nur telefonisch im 4 Ohren Prinzip vorgetragen wurden. Es geht wohl um folgende Punkte:

1. Die Ausstellung ist in dieser Form schon in vielen Städten gezeigt worden und in einigen Städten hat es kontroverse Diskussionen gegeben. Die Neonazis stellten Strafanzeigen und drohten mit Gewalt. In der alten und der neuen Fassung der Ausstellung sind 2 Tafeln von 21 thematisch mit der Verantwortung von Politikern als Stichwortgeber für die äußerste Rechte gefüllt. Das hat nicht allen Genannten gefallen und das sollte es auch nicht. Die Verantwortung der so genannten Mitte der Gesellschaft für das Erstarken des Neofaschismus ist wissenschaftlich erforscht. Sie wurde in Büchern und Vorträgen veröffentlicht und war bislang selbst in Stolberg nicht bestritten. Stolberg will aber offenbar auf Kosten der Wahrheit einen Schulterschluss der Parteien erreichen. Es wird ja keines der Zitate von deutschen Politikern bestritten. Die traurige Realität ist, dass man eine ganze Ausstellung nur zu diesem Thema machen könnte. Es ist vielmehr eine Harmoniesucht mit der Politik rechts von der Mitte festzustellen, der die Diskussion und die demokratische Kontroverse geopfert wird.

2. Es ist durchaus möglich, dass die NPD auch gegen die neue Ausstellung agiert hätte. Sie waren ja schon bei der letzten Ausstellung mit ihren Hetzparolen dabei. Es kann aber nicht die Aufgabe der Arbeit gegen Rechts sein, möglichst konfliktfrei gegen Neonazis vorzugehen. Man darf sich nicht von der Angst vor möglichen Angriffen der NPD einschüchtern lassen.

3. Wir hörten auch das „Argument", jetzt müssten alle (?) zusammenstehen und wir dürften keine „Parteipolitik" machen. Die Organisatoren der Ausstellung, die Gewerkschaft Verdi und die VVN - Bund der Antifaschisten sind beides überparteiliche Organisationen. Wenn in der Ausstellung einzelne Politiker kritisiert werden, dann ist die administrative - statt argumentative - Abwehr dieser Kritik Parteipolitik, nämlich zum vorgeblichen Schutz dieser Politiker. Demokratie lebt von der Debatte, auch der Kontroverse. Verbote von Debatten sind kein Dienst an der Demokratie. Wer sich dem Druck der rechten Kräfte aussetzt und sich nicht widersetzt, sollte nicht auch noch verlangen, dass der Deckmantel des Schweigens über dieses peinliche Rückgratlosigkeit gelegt wird.

Wir wissen, dass die NPD sich freut, wenn ihre Gegner sich streiten. Aus unserer Sicht ist aber der Streit unter Demokraten mehr wert, als die einheitliche Diktatur der Neonazis. Auf längere Sicht sind Gesellschaftsmodelle der Demokratie effektiver und lebensbejahender als alles, was die Nazi Propaganda mit dem Wunsch nach dem „starken Mann" verspricht.

Die Ausstellung, die in Stolberg von konservativen Kräften vorläufig verhindert wurde, wird in dieser Woche im Rathaus von Düren sowie anschließend beim Zug der Erinnerung im Dürener Bahnhof gezeigt. Veranstalter ist das Dürener Bündnis gegen Rechts. In diesem Bündnis ist der Dürener Bürgermeister (CDU) einer der Sprecher.

Wir wünschen den Stolbergern eine Bürgerinitiative, die anderen ein verlässlicher Partner ist. Wir wünschen uns allen den Mut, Konflikte unter Demokraten aushalten zu können. Sich den Rechtstendenzen zu widersetzen erfordert Rückgrat und Zivilcourage. Standhaftigkeit statt Opportunismus, demokratisches Selbstbewusstsein statt Untertanentum und Gehorsam: das sind unserer Meinung nach die Mittel im Kampf gegen Rechts.

http://www.aachen.vvn-bda.de
http://neofa-ausstellung.vvn-bda.de/ ■

Schwabentag der NPD: „Wir ertrinken in fremden Blut“

Der Bezirksverband Schwaben der bayerischen NPD veranstaltete am Samstag, 19. März 2011, den sogenannten „Schwabentag“. Im Günzburger „Forum am Hofgarten“ spielten die bekannten Neonazibands „Fight tonight“ aus Sachsen und „Frontalkraft“ aus Brandenburg. Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, hielt vor den jungen und alten Neonazis eine rassistische Hetzrede.

Besäufnis statt Bürgernähe:

Organisiert von den NPD-Bezirksvorstandsmitgliedern Stefan Winkler, Alexander Feyen, Thomas Bader und Bettina Rauch standen den Besucher_innen Saal und Foyer des städtischen Kulturzentrums „Forum am Hofgarten“ zur Verfügung. Im ersten Stock waren Tische mit Propagandamaterial, z. B. der Parteizeitung „Deutsche Stimme“, sowie mit den Artikeln neonazistischer Versände aufgebaut. Die bis zum Nachmittag spärlich angereisten NPD-Sympathisant_innen hielten sich trotzdem meist außerhalb des Halleneingangs auf, an dem ein eigener Ordnerdienst vor der Tür patrouillierte. Auf dem abgeriegelten Platz vor dem „Forum am Hofgarten“, auf dem der NPD-Bezirksvorsitzende Stefan Winkler (Holzheim, Lkr. Neu-Ulm) und sein Stellvertreter Alexander Feyen (Münster, Lkr. Donau-Ries) eigentlich eine Dauerkundgebung „Unser Volk zuerst!“ angemeldet hatten, war außer dem vielfrequentierten Bierstand nur ein verwaistes Kuchenbuffet geboten.

Die jüngeren Neonazis und Boneheads nutzten die Gelegenheit zum Besäufnis vor der Tür. Einige der Teilnehmer_innen kamen aus den neonazistischen Kameradschaften „Freundeskreis Gilching“ und „Voice of Anger“ (Memmingen), ein Kuttenträger präsentierte sich als Mitglied der „Southland Boys“-Rockergruppe. Auf Sweatshirts und als Tattoos zeigten sie „Schwarze Sonnen“ der SS und auch ein (verbotenes) „White Power“-Keltenkreuz. Der NPD-Bundestagskandidat Ron Appelt („Freundeskreis Gilching“) trat mit dem gewaltverherrlichenden Sweatshirt-Motiv „Spezialist für Körperverletzung“ in Günzburg auf (s. Foto).

Sascha Roßmüllers langatmige Ausführungen:

Die erstaunlich vielen älteren Neonazis hörten im Saal einer Rede des NPD-Landesvorstandsmitglieds und „Bandidos“-Rockers Sascha Roßmüller (Rain bei Straubing) zu. Roßmüller hatte Mühe, mit seiner fast einstündigen Ansprache zum Thema „Finanzkrise“ die Anwesenden mitzureißen. Am Ende gabs dazu den Rechtsaußen oft üblichen Themenbogen von den angeblichen „Tabuthemen“ über die „politischen Denkverbotszonen“ bis zu den rechten Standardphrasen bezüglich „Scharia“ und „Kriminalität“. Roßmüller gab noch eine Prise Populistisch-Rassistisches dazu: Bayern sei „ein Volksstaat“ und „kein Vielvölkerstaat“. Die Rede Udo Pastörs’ hörte sich Roßmüller nicht an und ließ sich stattdessen im Anschluss von schwäbischen NPD-Aktivist_innen wegfahren.

Udo Pastörs rassistische Hetze:

Udo Pastörs (Lübtheen, Mecklenburg-Vorpommern) wurde von Stefan Winkler fälschlicherweise als „stellvertretender Parteivorsitzender“ der NPD angekündigt, worauf der NPD-Landtagsfraktionschef Pastörs zu Beginn seiner Rede einging: „Was noch nicht ist, kann ja noch werden“. Er sei „der Einladung gefolgt, weil ich natürlich auch mal schauen wollte, wie denn die NPD und das nationale Lager hier im Süden aufgestellt ist.“ Es gebe hier, „was die Mitgliedschaft in der NPD angeht und was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Opposition angeht, (...) offensichtlich kein demographisches Problem“, zeigte sich Pastörs zufrieden.

Der NPD-Bundestagskandidat Ron Appelt (r.) in Günzburg. Foto: Robert Andreasch

Dann folgte ein Rundumschlag des wegen seiner Reden bereits zu einer Bewährungsstrafe verurteilten NPD-Funktionärs: gegen Guttenberg („diese Scheißhose“), Westerwelle („sexuell unappetitlich orientiert“) und gegen nebulöse „Hochverräter, die das deutsche Volk für immer politisch entmündigen wollen“, wobei Pastörs ankündigte, „diese Leute vor ein ordentliches deutsches Volksgericht zu ziehen.“

Danach begab sich Pastörs auf das gewohnte Feld rassistischer Hetze und beschwor ein „Selbstbestimmungsrecht (...) der weißen Rasse“ und den Kampf gegen „fremdvölkische Massen“: „Wir sagen nicht, dass wir Deutschen zu Millionen die Türkei penetrieren sollen, uns dann da vermehren und vermischen sollen. Sondern wir sagen, dass wir das auch in Deutschland nicht wollen.“ Pastörs erinnerte an seine Verurteilung wegen Volksverhetzung im letzten Jahr und formulierte trotzdem sein Horrorszenario: „dann springt die Geburtsmaschine an und dann werden wir übervölkert von innen heraus und können uns nicht zur Wehr setzen“. Schließlich steigerte sich Pastörs nochmals, mit Blick auf Flüchtlingsbewegungen aus Nordafrika hetzte er: „Wir ertrinken in fremdem Blut“.

Nach derart rassistischer Agitation wandte sich Pastörs der Eugenik zu und kommentierte die Debatte um ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik in purer nationalsozialistischer Ideologie: „Das ist doch der Wahnsinn: Auf der einen Seite etwas vielleicht sehr Krankes und sehr, ähm, Bemitleidenswertes verlangen, auf die Welt bringen zu müssen, aber auf der anderen Seite ein absolutes Gesundes auf Staatskosten eiskalt in den Mülleimer zu werfen.“

Die „Kameraden“ im Saal rief er indirekt zu einem Umsturz auf: „Wir werden von Verbrechern regiert in Berlin. (...) Wir Nationalisten haben keine Angst mehr vor diesem System (...) und es ist alles richtig, das auszumerzen, was uns ausmerzen will.“

Ein legales Neonazikonzert:

Nach Pastörs Rede stimmten die schon ziemlich betrunkenen Anwesenden vielstimmig die erste Strophe des „Lieds der Deutschen“ an. Es folgten Auftritte der bekannten Neonazi-Bands „Fight tonight“ (Sangershausen) und „Frontalkraft“ (Cottbus), deren neuestes Album „Nacktes Land“ erst am 1. März 2011 indiziert worden war. Ein legales Neonazikonzert bot die NPD damit ihren Anhänger_innen, aufgewertet durch die Licht- und Tonanlage des städtischen Kulturzentrums.

Prompt kamen am Abend auch deutlich mehr Neonazis in das „Forum am Hofgarten“ als noch am Nachmittag. Der schwäbische NPD-Bezirksvorstand dürfte mit den letztlich vielleicht 200 Besucher_innen jedoch kaum zufrieden gewesen sein: Im Vorfeld hatten die Funktio-

när_innen mit einem weit größeren Zuspruch gerechnet und intern die für die Partei zu erwartenden Einnahmen schon auf mindestens 2000 Euro kalkuliert.

Die angekündigte Neonazi-Band „National Born Haters“ (NBH) aus dem Landkreis Neu-Ulm trat nicht auf, ebenso fehlte die im Vorfeld auf einem Teil der NPD-Einladungsmaterialien beworbene neonazistische Kapelle „Eugenik“ aus Gera. In der Geburtsstadt des NS-Täters Josef Mengele, der für Massenmord und Menschenversuche im Vernichtungslager Auschwitz verantwortlich war, hätte demnach eine Band spielen sollen, die das nationalsozialistische Mordprogramm der Vernichtung „unwerten Lebens“ im Namen führt.

Der Berliner „Liedermacher“ Sebastian Döhring (alias „Fylgien“) spielte dagegen sein Liedgut: „Odalrune“, verherrlichte das in Deutschland nach § 86a StGB („Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“) verbotene Symbol, „Odalrune auf schwarzrotem Tuch, weh voran uns, trifft uns auch der Fluch. Du Zeichen allein, kannst die Freiheit nur sein, weh voran, ein Leben lang.“ Mit diesem ursprünglich von Frank Rennicke stammenden Lied („Über’s deutsche Land“) imitierte Döhring Textzeilen der (verbotenen) NS-Hymne „Hohe Tannen“ („Odalrune auf blutrotem Tuch, weh voran uns“).

Vielleicht waren diese nationalsozialistischen Zeilen von der NPD als eine Art „Geburtstagsgruß“ gedacht gewesen: Der NPD-Schwabentag hat fast auf den Tag genau zum hundertsten Geburtstag des Günzburger NS-Massenmörders Josef Mengele (*16. März 1911) stattgefunden.

http://www.aida-archiv.de/
22. März 2011
Robert Andreasch ■

Keinen Meter, keinen Platz für Nazis

BREMEN. Am 22. Februar traf sich das Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai zum zweiten Mal. Die mehr als 60 Anwesenden vereitelten einen rechtskonservativen Versuch antifaschistisch-autonome Kräfte aus dem Bündnis zu drängen. Ein Vertreter der Gruppe „Bürger in Wut“ hatte das Vorbereitungstreffen in einem Internetforum mit Hinweis auf den Verfassungsschutzbericht als „sektiererisch(e) Gemengelage“ bezeichnet, aus der heraus bewusst Ausschreitungen gegen die Polizeikräfte geplant würden. Man solle doch den Senat „am 30.04.2011 in Polizei-Uniform stecken und in den Krawallzonen in vorderster Linie einsetzen“.

Im Mittelpunkt des Treffens standen Diskussion und Verabschiedung des Bündnisaufrufs. „Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern. Lasst uns alles dafür tun, dass die Nazis nicht in die Bürgerschaft kommen.“ Die NPD steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, da sie Gewaltbereitschaft gegenüber allen anders Aussehenden, anders Denkenden in ihren Reihen vereint. „Wer Auschwitz leugnet, verdient keine Nachsicht, sondern entschiedenen Widerstand.“ Deutlich spricht der Aufruf von Nazis, nicht von Rechtsextremisten oder Neonazis. Menschenfeindliche Einstellungen sind aber nicht auf sie beschränkt. „Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin. Wir stehen für eine demokratische, weltoffene und solidarische Gesellschaft“, heißt es im Aufruf.

Das zweite wesentliche Ergebnis der Veranstaltung war die Bildung einer neunköpfigen Öffentlichkeits-AG, die weitere Aktivitäten koordinieren und öffentlichkeitswirksame Materialien entwickeln soll. Am Rande des Treffens wurde verabredet, das „Gröpelinger Bündnis gegen Rechts“ wiederzubeleben, um zu nächst in diesem Stadtteil bürgernahe Aufklärungsarbeit zu leisten und Vorbereitungen dafür zu treffen, dass Nazis im Bremer Westen nicht marschieren können. Wir streben an, dass andere Stadtteile dem Beispiel folgen und durch Anmeldungen vielschichtiger Aktivitäten auf zentralen Plätzen den Nazis am 1. Mai den Weg versperren. *Raimund Gaebelein*

Keinen Meter! Aufruf zur Demonstration gegen die NPD am 1. Mai 2011 in Bremen

Am 1. Mai 2011 will sich die NPD erneut in Bremen versammeln. Nazis aus der ganzen Bundesrepublik wollen diesen Tag dazu nutzen, um in unserer Stadt ihr menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten und für ihre demokratiefeindlichen Ziele zu werben. Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin. Wir stehen für eine demokratische, weltoffene und solidarische Gesellschaft. Den Nazis und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir rufen alle auf, gemeinsam mit uns am 1. Mai 2011 gegen die Nazis zu demonstrieren. Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern. Lasst uns alles dafür tun, dass die Nazis nicht in die Bürgerschaft kommen.

Keinen Raum für Nazis!

Die Nazis reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Dabei knüpfen sie an gesellschaftlich weit verbreitete Vorurteile an, denn menschenfeindliche Einstellungen sind nicht auf Nazis beschränkt. Die NPD verbreitet offen fremdenfeindliche und antisemitische Parolen und verhöhnt die Opfer faschistischer Gewalt. In einigen Regionen der Bundesrepublik können die NPD und andere Nazigruppen inzwischen weitgehend ungestört ans Werk gehen. Offen werden Menschen bedroht und eingeschüchtert. MigrantInnen, „nicht-weiße“ Menschen, alternative Jugendliche und gegen Nazis aktive BürgerInnen sehen sich in solchen Gegenden täglichen Anfeindungen ausgesetzt. Gewalt wird in Nazigruppen nicht nur geduldet, sondern Tätern wird eine politische Heimat geboten. Eine Tolerierung der NPD in der Öffentlichkeit ist falsch verstandene Toleranz. Nazis werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“, genau wie ihre historischen Vorgänger. Sie verherrlichen den Faschismus und seine Verbrechen. Wer Auschwitz leugnet, verdient keine Nachsicht, sondern entschiedenen Widerstand. Ob Nazis wieder auf unseren Straßen marschieren können oder nicht, das liegt an uns!

Wir stellen uns ihnen entgegen!

Wir alle sind selbst verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den Nazis unsere demokratische und antifaschistische Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und unsere Vielfalt entgegenzusetzen. Wir wollen ein Bremen und eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität und Religion friedlich miteinander leben und in dem für jede Person Menschenwürde und gleiche Rechte Gültigkeit haben. Wir rufen alle Menschen auf, die Idee einer solidarischen und offenen Gesellschaft aktiv gegen Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen von Rassismus und Ausgrenzung Einhalt zu bieten.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir sind alle gefordert – SchülerInnen, RentnerInnen, Hausfrauen, Hausmänner, Arbeitslose, ArbeitnehmerInnen, BeamtInnen, FrühaufsteherInnen, LangschläferInnen, Fußballfans – Nehmt teil!

BAF April 2011, VVN-BdA Bremen ■

Das Leben ist bunter – Strategien gegen Rechtspopulismus

Gemeinsame Erklärung der Bundestagsabgeordneten Daniela Kolbe (SPD), Jan Korte (DIE LINKE.) und Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen):

Trotz länderspezifischer Unterschiede haben alle rechtspopulistischen Parteien europaweit Erfolg bei der demagogischen Verknüpfung der Zuwanderungsdebatte mit Ängsten vor sozialem Abstieg und Kriminalität. Demnach sollen diejenigen aus der sozialen Teilhabe ausgeschlossen werden, die als nicht dazugehörig definiert werden.

Dieser rassistische Diskurs richtet sich aktuell vor allem gegen „den" Islam und trifft damit eine weit verbreitete Stimmung in vielen europäischen Ländern. Er kann sich aber auch gegen andere Gruppen wenden. Darüber hinaus bringt der Rechtspopulismus Vorbehalte und Misstrauen gegen die „politischen Eliten" zum Ausdruck und inszeniert sich selbst als Außenseiter, als Gegenentwurf zur „etablierten Politik".

Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien sind ein Alarmsignal für die Demokratie in Europa, denn sie spiegeln eine zunehmende Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den politischen Institutionen wider, national und europäisch.

Die von Wilhelm Heitmeyer u.a. Jahr für Jahr erfassten „Deutschen Zustände" und die „Mitte"-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass auch in Deutschland das Potenzial für einen erfolgreichen Rechtspopulismus vorhanden ist. Es bedarf einer breiten und gesellschaftlich wahrnehmbaren Linken, um dem wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Darüber hinaus sind alle DemokratInnen in Politik, Gesellschaft und in den Medien gemeinsam gefordert, sich nicht am Schüren von Ängsten vor vermeintlicher „Überfremdung" zu beteiligen.

Rassismus und Demokratieverdrossenheit: Dieser gefährlichen Melange muss die politische Linke sehr viel deutlicher als bisher etwas entgegensetzen. Es darf nicht sein, dass RechtspopulistInnen und RassistInnen in zahlreichen europäischen Ländern die Inhalte der Politik beeinflussen, indem sie die demokratischen Parteien mit ihren Forderungen vor sich hertreiben oder gar mitregieren.

Eine europäische Linke muss sich offensiv für die Teilhabe aller in Europa lebenden Menschen einsetzen und die fatale Logik einer vermeintlichen Konkurrenz zwischen Einheimischen und Zugewanderten durchbrechen. Demokratische Politik muss sozialen Problemen wirksam begegnen, differenziert diskutieren und Lösungen anbieten, damit RechtspopulistInnen keinen Ansatz für ihre Propaganda haben. Und natürlich muss es von der regionalen bis zur europäischen Ebene um eine Demokratieoffensive gehen, die den Menschen mehr Möglichkeiten verschafft, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, beispielsweise durch mehr Elemente direkter Demokratie, ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige, eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und durch die weitere Demokratisierung von Bildungseinrichtungen und Betrieben. Wichtig ist jedoch auch, bestehende Beteiligungsmöglichkeiten stärker in den Fokus zu rücken und ein Klima der Toleranz zu erzeugen und dafür zu werben.

Daniela Kolbe (SPD),
Jan Korte (DIE LINKE.),
Monika Lazar
(Bündnis 90/Die Grünen) ■

Kulturelle Vielfalt gegen nazionale Einfalt!

Bonn. Manchmal ist man ja verführt, denen Recht zu geben, die sagen, die paar Hansels, wir werten sie ja nur noch auf... Nachdem nach eigenem Bekunden von „Pro NRW" „die überregional beworbene Demonstration des Bonner Kreisverbandes gegen zwei neue Moscheen in der Bundesstadt … nochmal mächtig an Fahrt aufgenommen … hat", kamen am 2.4. um 11 Uhr knapp 50 Hansels und Hanselinnen über die Bonner Viktoriabrücke geschlichen.

Aber man kann es auch so sehen: Wo würden wir dann gegen sie demonstrieren? Wo unseren Gegenentwurf einer offenen vielfältigen Gesellschaft feiern – wie auf dem Straßenfest in Bonn unter dem Motto „KULTurelle Vielfalt statt nazionale Einfalt", zu dem viele Menschen sich bei strahlendem Sonnenschein einfanden. Diese kämpferischen, Mut machenden Zusammenkünfte, sie sind auch ein Grund dafür, warum Markus Beisicht, die Hände vor protziger Verlegenheit tief in den Hosentaschen vergraben, nach 30 Jahren rechter Agitation immer noch vor so einem winzigen, traurigen Haufen herlaufen muss.

Wenn sie so bleiben und die Gegenaktionen auch, sehe ich den nächsten 30 Jahren mit Zuversicht entgegen.

Pb (dann 93)
Fotos: Pb ■

Die französischen Konservativen & Rechtsextremen nach den Stichwahlen für die Bezirksparlamente:

Rechts-Rechts-Techtelmechtel

Hohe Stimmenanteile für den Front National, aber „nur" zwei Sitze in den Bezirksparlamenten – aufgrund des Mehrheitswahlrechts. Unterdessen ist die konservativ-wirtschaftsliberale Regierungspartei UMP gespaltener denn je, was ihre Haltung zu den „Werten der Republik" und ihre grundsätzliche Position zur immer dynamischer auftretenden rechtsextremen Konkurrenz betrifft.

Ausgerechnet Carpentras. Die rund 30.000 Einwohner zählende Stadt in der Provence, bei Avignon, wählte am Sonntag, den 27. März 11 einen Kandidaten des rechtsextremen Front National (FN) zu ihrem Vertreter im Bezirksparlament des Départements Vaucluse. Patrick Bassot, ihr Bewerber im Wahlkreis von Carpentras, erhielt dabei 54,3 Prozent der Stimmen. Neben ihm gelang es nur noch einem weiteren Kandidaten des FN, Jean-Paul Dispard, die Hürde des Mehrheitswahlrechts zu überwinden und mit absoluter Mehrheit ins Bezirksparlament gewählt zu werden. In Brignoles, in der Nähe von Toulon, erhielt er genau 50,03 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Der 41-jährige Vizepräsident des FN, Louis Aliot, sprach daraufhin von einem „Augenzwinkern der Geschichte". Denn Carpentras hat in der Geschichte des FN eine besondere Bedeutung. In der Nacht des 8. Mai 1990 wurde der dortige jüdische Friedhof geschändet, auf eine Weise, die die Öffentlichkeit besonders frappierte. Es wurden nicht allein Grabsteine beschmiert und zerstört, sondern die Leiche des frisch beerdigten 83-jährigen Félix Germon wurde auf einen Sonnenschirmpfahl aufgespießt. Die Tat führte zu einer Massenmobilisierung – 200.000 Menschen demonstrierten wenig später in Paris unter Anwesenheit von Staatspräsident François Mitterrand –, die sich besonders auch gegen den damals stark im Aufwind befindlichen FN richtete. Dessen damaliger Chef Jean-Marie Le Pen hatte zuvor durch antisemitische Wortspiele auf sich aufmerksam gemacht.

Doch die Täter wurden zunächst nicht gefasst. Der FN rief daraufhin nach Rache, sprach von einem „staatlichen Komplott" gegen die eigene Partei und machte Jahre hindurch mobil, um seine „Rehabilitierung" zu fordern. Am 11. November 1995 (einem französischen Feiertag) mobilisierte die rechtsextreme Partei frankreichweit ihre Kader und fuhr von Paris aus in einem so genannten „Zug der Wahrheit" nach Carpentras, um dort zu demonstrieren. Sieben Monate später wurden die Täter gefasst: Ein früherer Neonazi, der sich inzwischen zum Buddhismus und zur Gewaltlosigkeit bekehrt hatte, Yannick Garnier, stellte sich Ende Juli 1996 der Polizei.

Dank seines Geständnisses wurden die vier Täter gefasst und später zu Haftstrafen verurteilt. Es handelte sich um Neonazis und Ehemalige, die zwar nicht dem FN angehörten, sondern dem Skin-headmilieu und in zwei Fällen auch der Splitterpartei PNFE (Französische und europäische nationalistische Partei). Der Urheber des Geständnisses sprach allerdings gleichzeitig davon, wie er in seiner Jugend zunächst dem FN beigetreten war, der ihm als Durchlauferhitzer diente und seine Ideologie entscheidend mit prägte.

Heute hat die Spitze des FN unter seiner neuen Chefin Marine Le Pen, ihrem Vizepräsidenten & Lebensgefährten Louis Aliot (der selbst kolonialfranzösisch-jüdischer Abstammung ist) und ihrem Generalsekretär Steeve Briois sich offiziell ebenfalls bekehrt. Die neue Parteilinie möchte offiziell von Auschwitzleugnung und NS-Nostalgie nichts mehr wissen und kehrt eher eine Mischung aus Philosemitismus und Einwandererfeindlichkeit nach außen. Vorbild sind dabei erfolgreiche rechtsextreme Wahlparteien in Westeuropa, die es im Gegensatz zum FN schafften, mit bürgerlichen Kräften „bündnisfähig" zu werden, von den Niederlanden bis Dänemark und Norditalien. Doch mitunter kehrt das Verdrängte schnell zurück. Am Samstag, den 26. März 11 kündigte die rechtsextreme Partei in Windeseile den Ausschluss eines 20-jährigen Kandidaten für die Bezirksparlamentswahlen in Grenoble an, nachdem Fotos von ihm publik geworden waren, auf denen er den Hitlergruß zeigt. Doch der 20-jährige Alexandre Gabriac war schon zuvor alles andere als ein Unbekannter. 2009 war er aufgrund rassistischer Sprüche und Prügeleien zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Seit den Regionalparlamentswahlen vom März 2010 sitzt er im Regionalparlament in Lyon. Am Sonntag erhielt er in seinem Wahlkreis im Namen des FN, der nicht rechtzeitig seinen Bewerber austauschen konnte, übrigens 24,3 Prozent.

Drei Sitze für Rechtsextreme insgesamt

Bei den französischen Bezirksparlamentswahlen, deren beide Wahlgänge an den letzten beiden Sonntagen (20. und 27. März 11) stattfanden, trug die Partei nun insgesamt zwei Sitze davon. Hinzu zählen könnte man noch eine dritte rechtsextreme Kandidatin, die eine absolute Mehrheit erreichte, jedoch nicht mehr dem Front National angehört, sondern der von ihm abgespalteten Splitterpartei unter dem Namen Ligue du Sud. Marie-Claude Bompard, die Ehefrau des rechtsextremen Bürgermeisters von Orange, Jacques Bompard – ebenfalls ein „Dissident" des FN –, und selbst Bürgermeisterin im Nachbarstädtchen Bollène, erhielt im Wahlkreis Orange-Ost ebenfalls einen Sitz im Bezirksparlament. Beide Stadtoberhäupter, die Bompards, gehören der rechtsextremen Splitterpartei ‚Ligue du Sud' an.

An den letzten beiden Sonntagen wurden insgesamt 2.026 Sitze in den französischen Bezirksparlamenten neu besetzt, das bedeutet, es wurden insgesamt die Hälfte der Mandatsträger in den insgesamt 100 französischen Départements neu gewählt. Dabei handelt es sich um die einzige Wahl von Bedeutung im ganzen Jahr 2011, also um eine Art letzter „Generalprobe" vor den Präsidentschafts- und kurz darauf folgenden Parlamentswahlen im Frühjahr kommenden Jahres.

Der rechtsextreme Front National tat natürlich alles, um „den Marine-Effekt zu bestätigen", um also von dem gewaltigen Auftrieb zu profitieren, den seine neue Chefin und Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen derzeit in den Umfragen erhält. In fast allen Wahlkreisen blieben die lokalen Bewerber/innen der rechtsextremen Partei im Übrigen weitestgehend unbekannt: Plakatiert wurde vor allem das Konterfei von Marine Le Pen, Veranstaltungen vor Ort fanden kaum statt, dagegen ‚Chats' im Internet (deren Inhalt durch Berater aus der Parteizentrale kontrolliert werden konnte).

Im ersten Durchgang vom 20. März 11 trat der FN in insgesamt 1.440 „Kantonen" oder Wahlkreisen – von den 2026 – mit eigenen Kandidaten an. Nicht überall hatte er Bewerber finden können, insgesamt rund 400 Kantonen weniger als bei der letzten vergleichbaren Wahl im Jahr 2004. Dort, wo er antrat, erhielt der Front National dabei in der ersten Runde im Durchschnitt 19,18 % aller abgegebenen Stimmen. Dies ist, auf überregionaler Ebene, ein Rekordergebnis für ihn. Zwei Drittel seiner Wahlkreisergebnisse in der ersten Runde lagen über 15 Prozent.

400 Wahlkreise, im Durchschnitt über 35 %

Bei den Stichwahlen am vergangenen Sonntag, den 27. März konnte der FN in 402 Wahlkreisen dabei sein. Voraussetzung dafür war es (infolge einer jüngst erfolgten Änderung am Wahlrecht, welche die Anforderungen hochschraubte), dass seine Kandidaten in der ersten Runde durch mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurden. Dies erforderte, je nach Wahlbeteiligung – die Wahlenthaltung überstieg in beiden Durchgängen die 50 Prozent –, in der Regel mindestens 20 Prozent der abgegebenen Stimmen einzustreichen.

DER RECHTE RAND (Nr. 129) mit Rückschau auf Neonazi-Aufmärsche in Dresden im Februar 2011

Wenige Wochen nach dem erneuten Versuch tausender Neonazis anlässlich der Bombardierung Dresdens 1945 durch die Alliierten in der Stadt aufzumarschieren, legt die antifaschistische Zeitschrift DER RECHTE RAND nun eine umfassende Rückschau zu den zwei Aufmärschen vor.
Barbara Manthe zeichnet in ihrem Beitrag „Dresden: Nazifrei? Europas größter Naziaufmarsch könnte Geschichte sein" die erfolgreichen antifaschistischen Blockaden und Aktionen nach, mit denen es erneut gelang, den Aufmarsch am 19. Februar 2011 zu stoppen. Manthe mahnt allerdings eine intensivere Debatte über Gedenkrituale der Bevölkerung Dresdens und das extremismustheoretisch geprägte Agieren zahlreicher Akteure vor Ort an.
Andreas Speit beschreibt die spontanen und militanten Aktionen von Neonazis am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden, die trotz der verhinderten Großaufmärsche stattfanden. Neonazis griffen AntifaschistInnen und alternative Projekte in Dresden an und feierten ihre Militanz.
Ein besonderes Highlight im Heft ist der Artikel „In der Neonazi-Nische. Porträt der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO)". Darin wird erstmals der offizielle Veranstalter und Anmelder des mittlerweile traditionellen Februar-Aufmarsches in Dresden, die JLO, ausführlich beleuchtet und die Akteure im Hintergrund benannt.
Dass Dresden während des deutschen Faschismus ein Ort politischer Verfolgung, Zwangsarbeit, Rüstungsindustrie, militärischer Infrastruktur und des Holocausts war, beschreibt Henning Fischer. Er setzt sich in seinem Text „Elbflorenz und sein Judenlager. Zur Geschichte der Gauhauptstadt Dresden" daher mit dem verbreiteten Mythos auseinander, die Stadt Dresden wäre nur Opfer des Krieges gewesen.
Das Inhaltsverzeichnis sowie die vier aktuellen Dresden-Artikel zum Download finden Sie unter **www.der-rechte-rand.de**

Dort, wo er am Sonntag, den 27. März antrat, erreichten die Ergebnisse des FN im Durchschnitt 35,5 Prozent; doch vielerorts überschritten sie die 40-Prozent-Marke. Im landesweiten Durchschnittsergebnis erhielt er laut Angaben des Innenministers 11,1 Prozent, aber diese Zahl berücksichtigt nicht, dass die Partei in nur einem Viertel der im Rennen stehenden Wahlkreise auch tatsächlich dabei war.

Übrigens stimmt das zur Beruhigung oder Selbstberuhigung angeführte Argument der Bürgerlichen, der FN habe bei diesen Bezirksparlamentswahlen zum überwiegenden Teil lediglich von der hohen Wahlenthaltung profitiert (durchschnittlich 55,68 % im ersten Durchgang und 55,19 % in der zweiten Runde), überhaupt nicht. Dieses Argument besagt im Kern, weil die Wählerschaft der übrigen politischen Kräfte von den Urnen ferngeblieben sei, sehe das Ergebnis des FN dadurch – sozusagen „künstlich" aufgepeppt – höher aus, als es in Wirklichkeit sei.

Doch dies ist falsch. Denn der FN profitierte keineswegs automatisch von der Stimmenthaltung (der Wähler/innen der Anderen,), eher im Gegenteil. Erstens sind die Bezirksparlamentswahlen, im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl keine einfache Wahl. Vielerorts verfügen sie zwar über Kandidaten, aber nicht über „vorzeigbare". An den vergangenen beiden Sonntagen überspielte die rechtsextreme Partei dieses Problem, indem sie fast nirgendwo das Gesicht ihrer Kandidaten plakatierte oder diese selbst irgendwo zu Wort kommen ließ, sondern fast überall ausschließlich mit dem Konterfei von Marine Le Pen für sich warb. Doch dies ist auch politisch angreifbar, und die UMP-Spitze spottete bereits, Marine Le Pen sei „Kandidatin in 1.500 Wahlkreisen auf einmal" (worauf diese konterte, „unsere Kandidaten" seien „Arbeitslose, Rentner, Studierende" und „einfache Leute", im Gegensatz zu den Elitehochschulabgängern der etablierten Parteien, die entsprechen geschliffen reden könnten).

Zum Zweiten hatte auch ein Teil der Anhängerschaft des FN selbst sich mindestens im ersten Wahlgang massiv der Stimme enthalten. Denn dies wird im Vergleich zu den Stichwahlen erkennbar: Hier konnte der FN in jenen Wahlkreisen, wo er noch antreten konnte, fast ein Drittel Stimmen (in absoluten Zahlen) mehr mobilisieren als im ersten Durchgang. In jenen 402 Wahlkreisen, wo er in die Stichwahlen einzog, erhielt der FN im ersten Wahlgang 621.837 Stimmen; in der zweiten Runde waren es dann 915.049. Ein Teil dieser Wähler/innen mag von anderen Parteien kommen (etwa aus den Reihen der Konservativen, besonders stark dort, wo die Linke in der Stichwahl durch eine/n Vertreter/in der KP und nicht der Sozialdemokratie repräsentiert wurde), doch überwiegend dürften diese neu hinzukommenden Stimmen aus dem Lager der vorherigen Nichtwähler/innen geschöpft worden sein.

Insgesamt schnitt der FN besonders in mehreren Départements in Südostfrankreich am höchsten ab: den Bezirken von Marseille, von Toulon und von Nizza. In diesen mittelmeernahen Zonen sind es vor allem die früheren französischen Algeriensiedler oder Pieds Noirs, auf denen die hohen Wahlergebnisse des FN beruhen. Seit den 1980er Jahren hatte dieses Milieu oftmals massiv für die extreme Rechte gestimmt, mit Ausnahme der Präsidentschaftswahl 2007, bei denen es vorübergehend Jean-Marie Le Pen zugunsten von Nicolas Sarkozy den Rücken gekehrt hatte.

Aber auch vom Mittelmeer und der früheren Siedlungskolonie Algerien weit entfernte Zonen sind vom neuen Durchbruch des FN betroffen. Dies gilt insbesondere für industrielle Krisenbezirke im Norden und Osten Frankreichs, wo die FN-Wählerschaft anders als im Falle des Pieds Noirs-Milieus zum Teil auch aus der früheren Anhängerschaft der Linken kommt. Viele Wähler rekrutierte der FN bei den Bezirksparlamentswahlen so im Bezirk Pas-de-Calais, einem früheren Bergbaurevier, im Bezirk von Lille (Nord). Aber auch in Lothringen im Département Moselle, geprägt durch das Verschwinden der früheren Stahlindustrie.

Eine wichtige politische Frage zwischen den beiden Wahlgängen lautete, wie sich der konservativ-wirtschaftsliberale Bürgerblock dort positionieren würde, wo nur noch rechtsextreme und sozialdemokratische Kandidaten in der Stichwahl gegen-einander antraten. Dies war in 206 Wahlkreisen der Fall. Der Parteivorsitzende der in Paris regierenden UMP, Jean-François Copé, erklärte am Abend des ersten Wahlgangs, seinen Wähler/inne/n „die Freiheit (der Entscheidung) zu überlassen". Er erklärte, für die UMP komme dabei „weder eine Allianz mit dem FN noch eine ‚republikanische Front'" in Betracht. Also weder ein Stimmaufruf zugunsten rechtsextremer Kandidaten noch ein Bündnis mit den übrigen pro-demokratischen Parteien – und konkret vor allem ein Aufruf dazu, für die sozialdemokratischen Bewerber/innen zu stimmen, um dem FN den Weg zu versperren.

Diese Positionierung rief teilweise heftige Kritik hervor, da die konservativ-wirtschaftsliberale Rechte dadurch offenkundig keinen qualitativen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Neofaschisten aufzumachen bereit war. Auch der amtierende Premierminister François Fillon distanzierte sich von dieser Linie, die jedoch am Mittwoch, den 23. März 11 – nach zwei Tagen öffentlich ausgetragener Polemik – durch Präsident Nicolas Sarkozy ausdrücklich bekräftigt und festgeklopft wurde.

In den Wahlkreisen, wo der FN gegen sozialdemokratische, besonders aber gegen parteikommunistische Bewerber (wie in Brignoles, wo er einen Sitz davontrug) antrat, konnte er offenkundig auch von der Zufuhr vieler bürgerlicher Stimmen profitieren. Um die Hürde der absoluten Mehrheit zu nehmen, reichte es vielerorts jedoch nicht aus: Dies wird die extreme Rechte auch künftig wohl nur in einem Bündnis mit konservativen Kräften schaf-

fen. Aber ein Teil der bürgerlichen Rechten bereitet sich darauf immer offenkundiger vor.

Regierungspartei UMP: Und fröhlich fliegen die Fetzen...

Nichts geht mehr, allem Anschein nach, innerhalb der konservativ-wirtschaftsliberalen französischen Regierungspartei UMP. Spitzenpolitiker wie Premierminister François Fillon und Parteivorsitzender Jean-François Copé gifteten sich seit dem Montag nach dem zweiten Durchgang der Bezirksparlamentswahlen tagelang in aller Öffentlichkeit an; Copé warf dem Regierungschef etwa vor, „kein Mannschaftsspiel zu betreiben", sondern sozusagen politische Sonderinteressen zu verfolgen.

Hauptgrund dafür ist, dass Fillon – wie auch einzelne andere Politiker der UMP – einen Stopp der unseligen „Islamdebatte" fordert, welche die UMP seit mehreren Wochen unter dem offiziellen Titel „Debatte über den Laizismus und den Platz der Religionen" anleierte. Am Dienstag, den 5. April soll ein Seminar der UMP zu dem Thema stattfinden; inzwischen hat François Fillon sogar angekündigt, dass er die Veranstaltung boykottieren wird.

Niemand zweifelt daran, dass es dabei in Wirklichkeit allein um den Platz des Islam und der muslimischen Einwanderer gehen wird. Als Parteichef Jean-François Copé vor anderthalb Monaten die Initiative dazu ergriff und Präsident Nicolas Sarkozy ihn sofort öffentlich ermutigte, hatte Sarkozy klargestellt, dass es nicht in Frage komme, dass es einen „Islam in Frankreich" geben könne -–sondern wenn, dann nur einen den Anforderungen der so genannten Integration genügenden „Islam Frankreichs" geben dürfe. Und er fügte hinzu, es komme „nicht in Frage, dass der französischen Gesellschaft ein (ihr fremder) Lebensstil aufgezwungen wird". Es handelt sich ganz offenkundig um eine Spielart der uralten Einwanderer- oder Fremdendebatte. Der seit dem letzten Wochenende im Februar 2011 amtierende Innenminister (zuvor Chefberater des Präsidenten im Elysée-Palast), Claude Guéant, hat Ende März zusätzlich präzisiert, seines Erachtens hätten beispielsweise „religiöse Glaubensbekenntnisse" nichts in öffentlichen Krankenhäusern verloren. Dabei ging es, wohlgemerkt, nicht um Kreuze an den Wänden oder die religiöse Neutralität der Räumlichkeiten, sondern um die persönlichen Glaubensbekenntnisse von Patienten. Derselbe Guéant hatte am 17. März 11 und nochmals vier Tage später auch öffentlich darauf insistiert, dass ein „zu viel an Zuwanderung" (excès d'immigration) daran schuld sei, dass „viele Franzosen sich in ihrem Land nicht mehr zu Hause fühlen". Daraufhin erklärte die Parteivorsitzende des rechtsextremen Front National (FN), Marine Le Pen, sie überreiche Guéant „den Ehren-Mitgliedsausweis" und hielt selbigen öffentlichkeitswirksam in die Kameras.

Gleichzeitig weisen derzeit alle Umfragen die Rechtsextreme Marine Le Pen als wahrscheinliche Teilnehmerin am zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl in dreizehn Monaten aus, an der nur zwei KandidatInnen teilnehmen können. Prognostiziert werden ihr bis zu 24 Prozent. Höchstwahrscheinlich kalkuliert Nicolas Sarkozy genau mit diesem Risiko: Er glaubt, das Szenario der Präsidentschaftswahl von 2002 wiederholen zu können. Damals hatte der Bürgerliche Jacques Chirac die Wahl nur deswegen gewonnen, weil er in der Stichwahl gegen Jean-Marie Le Pen und nicht den Sozialdemokraten Lionel Jospin – gegen den er wohl haushoch verloren hätte – antrat. Jospin war, auch aufgrund der Zersplitterung der Kandidaturen der Linken im ersten Wahlgang, in der ersten Runde hinter dem damaligen Chef des FN gelandet. Sarkozy glaubt, genau dieses Szenario im April/Mai 2012 wiederholen zu können. Deswegen sorgt er dafür, dass ständig über den FN und seine Themen gesprochen wird, um die rechte „Alternative" aufzuwerten. Nur droht sein Kalkül sich gegen ihn selbst zu kehren: Momentan zeichnet sich ab, dass bei der zweiten Runde der nächsten Präsidentschaftswahl eher ein/e Sozialdemokrat/in und Marine Le Pen gegeneinander antreten dürften.

Deswegen beginnen auch Teile seiner UMP kalte Füße zu bekommen. Regierungssprecher François Baroin – welcher selbst als Redner auf der Tagung vom 5. April vorgesehen war – forderte am Montag, den 28. März das sofortige „Ende dieser Debatten" um Islam, Einwanderung und fremde Bedrohungen. Doch Parteichef Copé und Präsident Sarkozy stauchten ihn sofort zusammen. Der äußerst heftige Streit verlängerte den, der zwischen den beiden Durchgängen der Bezirksparlamentswahlen ausgetragen wurde. Dabei forderte die Mehrheitsposition der UMP, vertreten durch Sarkozy und Copé, keine Wahlempfehlung bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Rechtsextremen auszusprechen: Beide seien gleichweit von den eigenen „Grundwerten" entfernt. François Fillon und andere hielten dies für gefährlich und betonten, die Rechtsextremen stünden anders als die Sozialdemokraten doch außerhalb der „Werte der Republik". Teile der regierenden Rechten proben jedoch unverhohlen die schrittweise Annäherung an den FN.

Bernhard Schmid, Paris ■

Marine Le Pen & Louis Aliot demnächst in Israel?

Paris. Es gibt traditionell für Rechtsextreme, die „beweisen" wollen, dass sie keine Nazis seien, kein besseres Rezept als eine Reise in den Staat Israel. Diese Maxime wollte schon Jean-Marie Le Pen – dessen antisemitische Tendenzen kaum verhüllbar hervortraten – befolgen, und im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1988 dorthin reisen. Zuvor hatte er Kontakte zu Vertretern der Herut-Partei (des Vorläufers des rechtsnationalen ‚Likud-Blocks') geknüpft, deren Vertreter in den USA Jack Torcyner er im Februar 1987 getroffen hatte.

Doch zwischenzeitlich folgte die Episode um Jean-Marie Le Pens Auftritt im französischen Fernsehen vom 13. September 1987, bei dem er sich kaum verhüllt zu den Thesen der Geschichtsrevisionisten bekannte und die Frage (!) der Existenz der Gaskammern als „Detailpunkt (d.h. Nebenumstand, Kleinigkeit) in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs" bezeichnete. Daraufhin wurde der damalige Chef des FN in Israel zur ‚persona non grata' erklärt.

Möglicherweise dürfte seine Tochter, Marine Le Pen, zusammen mit ihrem Lebensgefährten – FN-Vizepräsident Louis Aliot – demnächst diese Reise antreten. Letztere wird jedenfalls durch manche Medien für „die erste Aprilhälfte 2011" angekündigt. Kontakte an ihrem Reiseziel soll sie allerdings nicht über die israelische Botschaft in Paris geknüpft haben, sondern über einen Privatmann, den hauptberuflichen Polizisten Michel Thooris.

Dieser ausgesprochen rechtslastige Aktivist, der Kontakte zu dem (inzwischen politisch abgehalfterten) Rechtskatholiken Philippe de Villiers unterhielt oder noch hält, verfügt auch über Beziehungen in der israelischen Security-und Rüstungsbranche – und zur mehr oder minder rechtsradikalen israelischen Partei ‚Israel Beitenou' (Israel Unser Haus).

Es handelt sich um die Partei des umstrittenen Außenministers Avigdor Lieberman. *bhs* ■

Vgl. dazu http://www.atlantico.fr/decryptage/marine-pen-presidente-front-national-en-israel-66789.html

Frontex-Mandat

BRÜSSEL. Bei der Abstimmung im Innenausschuss über die Änderungsvorschläge für das Frontex-Mandat haben wir die meisten Punkte verloren: wir haben keine Mehrheit gefunden für unsere Forderungen, die Zuständigkeiten bei Frontex besser zu klären, Frontex bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten herauszuhalten, den Verbleib von abgeschobenen MigrantInnen zu monitoren u. v. a. m.

Erfolg hatten wir bei einigen Anträgen, die sich auf Menschenrechte bezogen. So sollen Frontex-Einsätze abgebrochen werden, wenn Menschenrechtsverletzungen stattfinden; ein Beratungsgremium soll Frontex in Sachen Menschenrechte beraten und die Abschiebeaktionen sollen von unabhängiger Stelle gemonitort werden. Außerdem soll das Parlament besser informiert werden. Jetzt geht der Berichterstatter von der EVP mit diesem Votum in die Verhandlungen mit Rat und Kommission.

Des Weiteren gab es eine Diskussion über die finanzielle Vorausschau, also die mehrjährige Haushaltsplanung für nach 2013. Die Generaldirektion der Kommission für Inneres möchte Fonds, die momentan existieren, zusammen legen, so dass es nur noch zwei Fonds geben würde: einen für Migration (umfasst die bisherigen Fonds für Flüchtlinge, Integration und Rückkehr) und einen für Sicherheit und Grenzschutz. Wir sind hier noch skeptisch, ob die Zusammenlegung nicht auch eine Verwischung der unterschiedlichen Aufgabengebiete darstellen könnte. Außerdem will die GD Inneres zusätzliches Geld für die externe Dimension ihres Politikfeldes bekommen. Das halte ich für sinnvoll, da es momentan Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit sind, die für die Umsetzung von Rückübernahmeabkommen, Training von Grenzbeamten in Drittstaaten etc genutzt werden. Der Prozess zur Erstellung der finanziellen Vorausschau ist natürlich noch lange nicht abgeschlossen und wird uns noch eine Weile erhalten bleiben.

Außerdem gab es im Ausschuss eine Orientierungsabstimmung über die Verfahrensrichtlinie. Ergebnis dieser Abstimmung ist: die Rechte der Minderjährigen sollen gestärkt werden, sexuelle Orientierung und sexuelle Identität sollen stärker beachtet werden. Wir konnten eine Mehrheit für unsere eigenen grünen Änderungsanträge, die VertreterInnen von Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen den Zugang zu AsylbewerberInnen erleichtern soll, gewinnen. Außerdem will die Mehrheit im Ausschuss, dass Organisationen den AsylbewerberInnen Unterstützung bei rechtlichen Fragen bieten, der Zugang zu kostenlosem, rechtlichem Beistand soll vereinfacht werden, bei Personen mit speziellen Bedürfnissen soll ein kostenloser Beistand sogar verpflichtend werden. Bei der Ablehnung eines Antrags muss der/die AsylbewerberIn über die Gründe und die Möglichkeiten Einspruch zu erheben informiert werden. Der Ausschuss hat dafür gestimmt, dass für das Einlegen von Berufung europaweit eine Frist von 45 Tagen (30 bei Schnellverfahren) gelten soll.

Quelle: Committee of Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) des Europäischen Parlaments ■

Freier Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne Papiere

MÜNCHEN/BRÜSSEL, DEN 23.3.2011. Am 22. März übergaben Ärzte der Welt und das HUMA-Netzwerk die Petition „Freier Zugang zur medizinischen Versorgung für Menschen ohne Papiere“ dem Europäischen Parlament. Ziel der im Mai 2010 von Ärzte der Welt initiierten Erklärung ist es, Barrieren beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zu beseitigen, die in den meisten Ländern der Europäischen Union für Menschen ohne Aufenthaltstitel bestehen. Die Petition wurde von 141 Verbänden und Organisationen in Europa, die über drei Millionen Beschäftigte des Gesundheitswesens repräsentieren und auch Einzelpersonen, unterzeichnet – darunter das Standing Committee of European Doctors (CPME). In Deutschland wird die Initiative von der Bundesärztekammer, PRO ASYL, IPPNW, VDÄÄ sowie von Dr. Monika Hauser, Alternative Nobelpreisträgerin 2008 und von Tom Königs, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe), unterstützt.

Bei der Übergabe der Erklärung im Europäischen Parlament bezog sich László Bencze, der Repräsentant der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und bekräftigte, „dass das Recht zur Gesundheitsversorgung und zur Inanspruchnahme medizinischer Dienste ein Grundrecht für jeden ist.“

Auch für Menschen ohne Papiere in Deutschland ist es schwer, Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung zu bekommen. Restriktive Gesetzgebungen, administrative Barrieren und die häufig anzutreffende Diskriminierung der Betroffenen in Einrichtungen des Gesundheitswesens halten viele Betroffene davon ab, sich im Krankheitsfall behandeln zu lassen.

Der Erfolg der Erklärung spiegelte sich auch in der Rede von Dr. Parvanova, MEP, wieder: „Das Recht auf Gesundheit für alle und die Verringerung von gesundheitlicher Ungleichheit hat für die Institutionen der EU einen höheren Stellenwert bekommen.“ Einen Etappensieg gibt es schon zu verbuchen: Das Europäische Parlament verabschiedete am 8. März 2011 eine Resolution zum „Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU“. Mit der Resolution fordert das Parlament die Mitgliedsstaaten auf, Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, denen Menschen ohne Papiere gegenüberstehen, anzugehen.

Europäische Erklärung 24.3.11,

www.huma-network.org ■

ABOLISH – Kampagne gegen diskriminierende Flüchtlingsgesetze

An über 20 Orten (Augsburg, Berlin, Braunschweig, Dresden, Freiburg, Gifhorn, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Hennigsdorf, Herzberg, Hildesheim, Köln, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Oberursel, Osnabrück/Bramsche, Passau, Regensburg, Rostock, Tübingen, Unna, Wittenberg, Würzburg, Zella-Mehlis) hat am 22. März mit Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenaktionen und Pressekonferenzen die bundesweite Kampagne „ABOLISH – diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!“ gestartet. Unter anderem gab es einen gemeinsamen Protest des „The Voice Refugee Forum“ und der BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Zella-Mehlis/Thüringen, eine Demonstration durch München zu den Parteizentralen von FDP, SPD und Grünen und eine Kundgebung im Innenhof des Landratsamtes Oberursel/Hessen. Weitere Aktionen sind in den kommenden Tagen geplant: So rufen Flüchtlinge für Donnerstag, 24. März, unter dem Motto „break isolation“ zu einer Kundgebung in Gifhorn/Niedersachsen und zu einer Demonstration in Meiningen/Thüringen auf, eine weitere Demonstration findet am Samstag, 26. März in Nürnberg statt.

Ziel der ABOLISH-Kampagne ist die Abschaffung diskriminierender Gesetze gegen Flüchtlinge, wie des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und der die Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen durch „Residenzpflicht“. Denn diese Gesetze bilden den rechtlichen Rahmen für die entwürdigenden Lebensbedingungen, gegen die Flüchtlinge in vielen Lagern in ganz Deutschland seit über einem Jahr mit öf-

fentlichen Protesten, Hungerstreiks und Essenspaketeboykott ankämpfen. „Wir haben letzten Winter gestreikt, weil wir in unserem Lager in Niederbayern so isoliert leben, dass wir bald verrückt werden. Hier ist nichts außer Wald. Wir können nicht arbeiten, wir können nicht von hier weg. Ich kann noch nicht einmal mein Essen selbst kaufen. Jeder Tag ist gleich, ohne Veränderung und ohne Hoffnung. Aber wir wollen als Menschen leben – das steht uns genauso zu wie den Deutschen. Darum müssen jetzt die Gesetze, die uns unmenschlich behandeln, abgeschafft werden", betont Suldan Abdallah aus Somalia, der in einem Lager in Böbrach im Bayerischen Wald untergebracht ist.

Mit der Demonstration in Meiningen/Thüringen am 24. März wollen die 170 Flüchtlinge aus dem Lager in Zella-Mehlis gemeinsam mit „The Voice Refugee Forum" beim zuständigen Landratsamt die Schließung des Lagers und die Unterbringung in Wohnungen durchsetzen, zumal dieses Jahr die Verträge mit der Lagerbetreiberfirma auslaufen. „Wir wollen der Welt mitteilen, dass unsere Situation Tag für Tag schlechter wird, vor allem im Winter, wenn wir zusätzlich unter der Kälte leiden. Wir leben in einem alten Lager mit veralteten Türen, kaputten Fenstern, Schimmel in den Zimmern, Duschen, Toiletten und Fluren – der Schimmel ist überall. (…). Eine Erlaubnis zum Arzt zu gehen, bekommen wir nicht (…). Wir sind isoliert von der Welt – einschließlich allem, was ‚Isolation' bedeuten kann. Wir werden bestraft, bloß weil wir hier in Deutschland Asyl suchen.", bringen die Flüchtlinge aus Zella-Mehlis in einer Resolution ihre unerträgliche Situation auf den Punkt.

Am gleichen Tag wollen in Gifhorn/Niedersachsen die BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Meinersen neben den unerträglichen Lebens- und Wohnbedingungen auch die Schikanen und Drohungen der Ausländerbehörde des Landkreises Gifhorn in den Fokus rücken, von der sich die Flüchtlinge durch massive Abschiebebedrohung sowie die notorische Verweigerung von Reiseerlaubnissen terrorisiert sehen. „Wir haben es satt, von der Ausländerbehörde schikaniert und am Ende als Betrüger_innen abgestempelt zu werden. Wir müssen diesen andauernden Skandal beenden!", so die Flüchtlinge aus Gifhorn in ihrer Erklärung.

Die Flüchtlingsproteste in Meiningen sowie in Gifhorn erscheinen umso dringlicher vor dem Hintergrund zweier alarmierender Todesfälle: In Zella-Mehlis/Landkreis Meiningen verstarb der 32-jährige Ruslan Yatskevich aus Weißrussland im November 2008 unter ungeklärten Umständen, nachdem er vor dem Hintergrund regelmäßiger Abschiebeandrohungen in den Wald geflüchtet war. In Gifhorn nahm sich der Nepalese Shambu Lama am 1. März 2011 das Leben – am gleichen Tag, an dem ihm durch einen Mitarbeiter der Ausländerbehörde erneut angedroht wurde, ihn zwei Tage später abzuschieben.

Die protestierenden Flüchtlinge in Zella-Mehlis/Meiningen und in Gifhorn fordern gemeinsam mit der ABOLISH-Kampagne: Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, Residenzplicht abschaffen, sämtliche Formen von institutionalisiertem Rassismus abschaffen, rassistische Sondergesetze abschaffen, Abschiebungen stoppen.

Quelle: http://kampagne-abolish.info 24.3.2011 ■

AusgeLAGERt – unmenschliche Unterbringungssituation von Flüchtlingen

Die Flüchtlingsräte in Deutschland haben anlässlich der bundesweiten Kampagne „abolish! – gegen Ausgrenzung von Flüchtlingen" ein gemeinsames Heft herausgegeben, dass die Unterbringungssituation der Asylsuchenden in Deutschland darstellt.

Dabei wird offensichtlich, dass viele Flüchtlinge in Deutschland über Jahre in erbärmlichen Zuständen leben. Das Leben in Lagern macht diese Menschen krank. Nicht selten liegen die Unterkünfte fernab von Ortschaften, sind baulich verfallen und schlecht an öffentliche Verkehrsmittel angebunden. Mehrere Personen, die sich zuvor in der Regel nicht kannten, müssen sich über Jahre ein kleines Zimmer teilen. Beschäftigungsverbote, Gutscheinbezug, Kantinenessen und Residenzpflicht, also das Verbot, ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde den Landkreis oder das Bundesland zu verlassen, tun ihr Übriges. Soziale Entrechtung, gesellschaftliche Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit kennzeichnen den Alltag vieler Flüchtlinge in Deutschland.

Die Flüchtlingsräte kritisieren in ihrer gemeinsamen Veröffentlichung die z.T. unmenschliche Unterbringungssituation von Asylsuchenden in Deutschland. Dabei wird auch deutlich, dass die Lebensumstände der Flüchtlinge von der Politik der Bundesländer und der Praxis der Kommunen abhängt und sehr unterschiedlich sein kann.

Die Veröffentlichung ist u.a. in der Zeitschriftenreihe des Flüchtlingsrat Niedersachsen als Heft Nr. 133 erschienen und als online-Version herunterzuladen unter:

http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2011/03/Heft-133-AusgeLAGERt3.pdf

Oder als Druckversion bei den Flüchtlingsräten zu bestellen, z. B. beim Flüchtlingsrat Niedersachsen, Langer Garten 23B, 31137 Hildesheim

Quelle: PM vom 22. März 2011 Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ■

DemonstrantInnen fordern Absetzung des Leiters der Ausländerbehörde Gifhorn

GIFHORN. Flüchtlinge aus dem Landkreis Gifhorn, darunter über 20 BewohnerInnen aus dem Lager in Meinersen, protestierten zusammen mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, The Voice Refugee Forum, Flüchtlingsrat Niedersachsen und vielen weiteren UnterstützerInnen am 24. März gegen die diskriminierenden Sondergesetze, die Flüchtlinge gesellschaftlich isolieren und ihnen ein perspektivloses, prekäres Leben bereiten.

Die rund 100 DemonstrantInnen gedachten zudem des nepalesischen Flüchtlings Shambu Lama, der sich am 1. März in Gifhorn das Leben nahm. Die DemonstrantInnen warfen der Ausländerbehörde vor, ihn durch permanenten Druck in solch eine verzweifelte Lage getrieben zu haben, dass er keinen anderen Ausweg als den Tod sah. Die Ausländerbehörde hatte Shmabu Lama am 1. März angekündigt, dass er in zwei Tagen abgeschoben würde. Die Ausländerbehörde hielt es nicht für nötig, ihn darüber aufzuklären, dass das Gericht diese Abschiebung noch verhindern könnte. Die Erfolgschancen eines Eilantrages standen sehr gut, da Shambu Lama Vater eines zehn Monate alten deutschen Kindes war.

Die DemonstrantInnen warfen der Ausländerbehörde vor, Asylsuchende regelmäßig unmenschlich zu behandeln. Flüchtlinge berichteten, wie sie regelmäßig mit Abschiebungen bedroht und mit Arbeitsverboten und Leistungskürzungen unter Druck gesetzt werden, an ihrer Abschiebung mitzuwirken. Die Ausländerbehörde des Landkreises Gifhorn setzt das Mittel der Leistungskürzungen sehr restriktiv ein. Viele der Flüchtlinge erhalten lediglich Gutscheine, das Bargeld wurde ihnen zumeist gestrichen.

Die DemonstrantInnen forderten daher die Absetzung des Leiters der Ausländerbehörde, Kai Renders, gegen den Diszipli-

nar- und Strafverfahren laufen. Er habe einen Flüchtling rechtswidrig durch Versagen von Fahrtkosten für einen Arzttermin zur Fingerabdrucknahme nötigen wollen. Bei einem Bewohner des Wohnheimes in Meinersen sei er eigenmächtig, ohne Durchsuchungsbefehl und ohne Polizei in dessen Zimmer eingedrungen, um es zu durchsuchen und zu fotografieren. Außerdem habe er Anträge auf Reisegenehmigungen zur „Überprüfung“ an den Staatsschutz gegeben.

Eine weitere wesentliche Forderung auf der Demonstration war die Schließung des Lagers Meinersen und die Unterbringung in Wohnungen sowie Geldleistungen statt Gutscheine und ein Bleiberecht.

Quelle: Niedersächsischer Flüchtlingsrat 25.3.2011 ■

Bundesregierung verhöhnt Opfer von Zwangsheirat

BERLIN. „Es ist makaber, wenn die Regierungskoalition die Verlängerung der Mindestehebestandszeit von zwei auf drei Jahre mit einem besseren Schutz der Opfer von Zwangsverheiratungen begründet. Das ist Heuchelei“, erklärt Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften im Bundestag am 17.3. Dagdelen weiter:

„Am Montag haben fünf der sieben Sachverständigen auf der Anhörung des Innenausschusses des Bundestags teilweise deutliche Kritik gegenüber den meisten Regelungen geübt. Darunter auch eine von der Koalition geladene Sachverständige. Bereits im Vorfeld der Anhörung gab es einhellige und noch schärfere Kritik aller maßgeblichen Frauenverbände, Menschenrechtsorganisationen, von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Kirchen sowie Wohlfahrtsverbänden. Diese richtet sich insbesondere gegen die Verlängerung der Mindestehebestandszeit, die ineffektive Rückkehrregelung für Zwangsverheiratete und die Verschärfungen der Kontrollen zur Integrationskursteilnahme.

Auch die Koppelung der Aufenthaltsgenehmigung an einen erfolgreichen Abschluss eines Integrationskurses dient nicht der Integration. Wenn es der Regierungskoalition darum ginge, würde sie das parlamentarische Verfahren nicht zu einer derartigen Farce verkommen lassen. Statt in einem Hau-Ruck-Verfahren das Gesetz durch den Bundestag zu peitschen, sollte die Koalition Konsequenzen aus der Kritik ziehen. Doch offensichtlich will die Bundesregierung noch vor den bevorstehenden Landtagswahlen Wahlkampf auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten machen. Das ist Rechtspopulismus per Gesetz.“

Positionspapier der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 22. März 2011

Zur Lage der Flüchtlinge in Nordafrika

Mitte Februar 2011 wurden die Nachrichten von den Aufständen in Tunesien, Ägypten, Jemen und Bahrein sowie weiterer Länder in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel plötzlich von den Bildern auf Lampedusa ankommender Flüchtlinge überschattet. Der italienische Innenminister Roberto Maroni von der neofaschistischen Lega Nord warnte ebenso wie sein Kollege Franco Frattini, Außenminister aus der rechtspopulistischen Partei „Volk der Freiheit“, vor einem „Exodus biblischen Ausmaßes“.

Die Innen- und Sicherheitspolitiker/innen der EU beriefen eilig Sondergipfel ein, um ihr Vorgehen gegen die „größte Flüchtlingswelle aller Zeiten“, welche nach Ansicht der Bild-Zeitung drohte, abzustimmen. Die italienische Regierung brachte die Zahl von bis zu 300.000 Flüchtlingen ins Gespräch, die mittelfristig nach Europa kommen könnten, falls die nordafrikanischen Staaten nach den Aufständen nicht weiterhin bei der Flüchtlingsabwehr mit der EU und ihren südlichen Mitgliedstaaten kooperieren würden. Diese Einschätzung stammt noch aus der Zeit vor der militärischen Eskalation des Aufstands in Libyen, in dessen Zuge mittlerweile (7.3.2011) fast 200.000 Menschen – darunter viele Gastarbeiter – in die Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten flohen und den Luftangriffen einer „Koalition der Willigen“, die weitere Fluchtwellen auslösen werden.

Bewusst erzeugte Notlage auf Lampedusa, Handlungsbedarf bei Bürgerkriegsflüchtlingen

Bislang sind 2011 etwa 14.000 Flüchtlinge aus Nordafrika in Europa angekommen, über 6.000 von ihnen innerhalb weniger Tage Mitte Februar auf der italienischen Insel Lampedusa. Damit ist weder die Frequenz, noch der Umfang der Fluchtbewegungen nach Südeuropa nach den Umstürzen in Nordafrika bedeutend höher als in den Spitzenjahren 2006 bis 2008, bevor sich mit Libyen die letzte nordafrikanische Regierung zur Kooperation mit der EU und ihrer Grenzschutzagentur FRONTEX entschloss und die Fluchtroute über Lampedusa nahezu vollständig geschlossen wurde. Zuvor waren jährlich bis zu 35.000 Flüchtlinge auf Lampedusa angekommen, auch damals mehrfach tausende innerhalb von wenigen Tagen.

Die humanitäre Notlage auf Lampedusa wird bewusst von der italienischen Regierung und der Grenzschutzagentur FRONTEX erzeugt, indem größeren und sichereren Schiffen die Einfahrt in italienische Hoheitsgewässer untersagt und sämtliche aufgegriffenen Flüchtlingsboote trotz der Proteste der dortigen Bevölkerung nach Lampedusa umgeleitet werden. Diese kleine Insel mit knapp 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und ihren improvisierten Aufnahmeeinrichtungen ist zweifelsfrei bereits mit wenigen tausend Flüchtlingen völlig überfordert, die hingegen auf Sizilien und erst recht auf dem europäischen Festland kaum ins Gewicht fallen würden. Die italienische Regierung nutzt diesen Notstand für ihre rechtspopulistische Mobilmachung und um von der EU Zugeständnisse zu erpressen. Die EU-Innenpolitiker/innen nehmen ihn hingegen als Vorwand für Forderungen nach einer

Verschärfung der Flüchtlingsabwehr und dem weiteren Ausbau der Grenzschutzagentur FRONTEX, welche die nationalen Kontrollsysteme ergänzt und erweitert, die seit Jahrzehnten auf Abschreckung und Kriminalisierung der Migrationsbewegungen zielen.

Die Prognosen über angeblich zu befürchtende Fluchtbewegungen entlarven letztlich die Folgen der Europäischen Sicherheits-, Freihandels-, Klima- und Rohstoffpolitik, welche den Menschen in Afrika die Lebensgrundlagen entzieht. Vor diesem Hintergrund ist und war es die Aufgabe der von Deutschland und der EU unterstützten Regierungen in Nordafrika, die eigene Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen und ebenso wie die Transitmigrantinnen und -migranten von der Ausreise Richtung Europa abzuhalten. Hierfür wurden sie von der EU und ihren Mitgliedsstaaten trotz aller Menschenrechtsverletzungen – bzw. gerade wegen dieser Menschenrechtsverletzungen – großzügig mit militärischer und polizeilicher Ausbildungs- und Ausstattungshilfe sowie Rüstungsexporten bedacht. Der militärische Aufmarsch der „Koalition der Willigen“ im Mittelmeer und die von dort gestarteten Luftangriffe, drohen die Flucht über die libyschen Seegrenzen unmöglich, zumindest aber noch gefährlicher zu machen, da es sich faktisch um ein Kriegsgebiet handelt. →

Neben der von der italienischen Regierung und Frontex bewusst erzeugten humanitären Notlage auf Lampedusa herrscht in den Grenzregionen zwischen Libyen, Tunesien und Ägypten eine weitere humanitäre Notlage, auf die schnell reagiert werden muss. Hier ist mit weiteren Bürgerkriegsflüchtlingen zu rechnen, solange die Gefechte und Luftangriffe in Libyen anhalten und erst recht, wenn es zum Einsatz ausländischer Bodentruppen kommen sollte. Der ganz überwiegende Teil der Flüchtlinge hier hofft nicht auf eine Weiterreise nach Europa, sondern auf den Transit in ihre Herkunftsländer oder vorübergehenden Schutz bis zu einer Rückkehr nach Libyen. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat an die Weltgemeinschaft appelliert, hunderte von Flugzeugen zur Verfügung zu stellen, um die Flüchtlinge in ihre Heimatländer zu evakuieren, zahlreiche Staaten sind dem bereits nachgekommen. Die Bundesregierung hingegen nutzte die prekäre humanitäre Lage, um ihre militärische Präsenz im Mittelmeer auszubauen und zu legitimieren, indem sie aus Libyen geflohene Ägypter/innen mit Schiffen der Bundeswehr nach Ägypten transportierte. In den Flüchtlingslagern an den libyschen Grenzen besteht dringender Bedarf an humanitärer Soforthilfe, insbesondere an sanitären Anlagen und medizinischer Versorgung.

Großer Gefahr sind weiterhin Flüchtlinge u.a. aus Somalia, Eritrea, aber auch aus dem Irak und weiteren Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ausgesetzt, welche auf ihrer Flucht nach Europa Libyen passierten und dort durch die libyschen Repressionsorgane in Aufnahmezentren und Abschiebehaftanstalten festgesetzt wurden. Insbesondere den Somalis und Eritreern droht im Zuge des Bürgerkriegs weitere Gewalt, da sie mit Söldnern verwechselt werden und rassistische Vorurteile bereits in der Vergangenheit zu pogromartigen Übergriffen geführt haben. Deutschland und die EU müssen ihre Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen anerkennen und gegenüber allen Beteiligten den Schutz dieser Personen sowie deren sicheren Transit in einen der Nachbarstaaten oder die EU einfordern.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- unverzüglich zivile Transportkapazitäten zur Verfügung zu stellen, um die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ägypten und Tunesien – so sie dies wollen – in ihre Herkunftsländer zu evakuieren sowie den Regierungen Tunesiens und Ägyptens finanzielle und zivile logistische Unterstützung für die Nahrungsmittelversorgung zuzusagen;
- unverzüglich humanitäre Soforthilfe zur Verfügung zu stellen, um Tunesien und Ägypten bei der Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge zu unterstützen;
- innerhalb der NATO, der EU und gegenüber ihren europäischen Partnern ihre Ablehnung gegen jedes militärische Eingreifen zum Ausdruck zu bringen und entsprechend ihr Veto in den genannten Organisationen einzulegen;
- ihre Rüstungsexporte, die Ausbildungs- und Ausstattungshilfe sowie sämtliche Maßnahmen im Rahmen ihrer „Vorverlagerungsstrategie“ bei der Flüchtlingsabwehr umgehend einzustellen;
- sich jedem Versuch entgegenzustellen, die bewusst erzeugte humanitäre Notlage auf Lampedusa für Forderungen nach einem weiteren Ausbau der Grenzschutzagentur FRONTEX auszunutzen;
- sich für eine Änderung des Dublin-II-Abkommens einzusetzen, so dass Flüchtlinge ihr Zufluchtsland weitestgehend selbst bestimmen können und ein EU-Ausgleichsmechanismus sich an der Größe und Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten orientiert;
- auf die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonventionen, die Auflösung von FRONTEX und den Stopp der Bekämpfung von Flüchtlingen und Migranten an und vor den EU-Außengrenzen hinzuwirken;
- ihre Bereitschaft zu erklären, sich an der Aufnahme der vom UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge in Deutschland zu beteiligen, hierfür mit Organisationen wie der Save-me-Kampagne gegenüber der deutschen Bevölkerung zu werben und gegenüber ihren Partnern in der EU ebenfalls für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen einzutreten;
- unter humanitären Gesichtspunkten gegenüber der italienischen Regierung eine dezentrale Erstaufnahme der Flüchtlinge einzufordern;
- im Falle der Flucht einer hohen Zahl von libyschen Staatsangehörigen, die die afrikanischen Nachbarstaaten überfordert, selbst Kapazitäten für die Aufnahme dieser Flüchtlinge bereit zu stellen. Die Bundesregierung soll sich dabei um eine Beteiligung möglichst vieler weiterer EU-Staaten bemühen.

Quelle: http://www.linksfraktion.de/ positionspapiere/positionspapierfluechtlingsproblematik-aufstaenden-nordafrika/

Trotz Verhaftungswelle: Syrischer Flüchtling soll am 31.3. abgeschoben werden

MÜNCHEN. Der Yezide und Kurde Mho Bahram soll am Donnerstag, den 31.3. von München aus abgeschoben werden Für den syrischen Staatsangehörigen bedeutet dies, dass er in Syrien mit einer sofortigen Inhaftierung rechnen muss und dass er von seiner Familie getrennt wird. Der Bayerische Flüchtlingsrat verurteilt die geplante Abschiebung und reichte eine Landtagspetition ein.

Währendessen verschärft sich die Lage im Folterstaat Syrien immer mehr. Das Assad- Regime geht brutal gegen protestierende Regimegegner vor und der Geheimdienst beginnt gerade mit einer Verhaftungswelle. Mehr als 100 DemonstrantInnen wurden allein in der Stadt Deraa erschossen. Mho Bahram floh vor 11 Jahren nach Deutschland, da er als Angehöriger der kurdischen und yezidischen Minderheit in Syrien verfolgt und entrechtet ist. Sein Asylantrag wurde jedoch abgelehnt und Herr Mho seither geduldet.

Erst mit dem „Rückübernahmeabkommens“ zwischen Deutschland und Syrien, das Anfang 2009 beschlossen wurde, ist die Abschiebung möglich geworden. Die zuständige Ausländerbehörde in Landshut (Bayern) will nun vollziehen und ließ ihn inhaftieren. Derzeit befindet er sich in der Abschiebehaft in München. Die Frau von Herrn Mho und seine drei Kinder befinden sich derzeit noch in Deutschland. Sie sind aus Angst vor einer Abschiebung untergetaucht.

In Syrien werden Personen, die sich länger im Ausland aufgehalten haben, als Regimegegner eingestuft, die mit westlichen Ideen „infiziert“ seien. Zudem wird eine Asylantragsstellung häufig als „Beschmutzung des Ansehens Syriens im Ausland“ gewertet – eine Straftat. Da Herr Mho sich bereits seit 1999 in Deutschland befindet, besteht für ihn die große Gefahr, inhaftiert zu werden. Darüber hinaus ist er als Kurde und Yezide zusätzlich gefährdet, da diese Gruppen in Syrien de facto keine Bürgerrechte besitzen. Aktuelle Fälle, wie der von Familie Naso, bestätigen die akute Gefahr im Falle einer Abschiebung.

Am 1. Februar 2011 wurden der 62-jährige Badir und sein 15-jähriger Sohn Anuar aus Hildesheim in Niedersachsen abgeschoben. Die Frau und Tochter von Herrn Naso verblieben in Deutschland. Badir und Anuar wurden nach der Ankunft in Syrien sofort inhaftiert. Sie sind nun wieder auf freiem Fuß, müssen aber mit weiteren Festnahmen rechnen. Auch in anderen Fällen wurden Inhaftierungen von Abgeschobenen bekannt. Trotzdem will Deutschland an dem Ziel festhalten, tausende Flüchtlinge auf Basis des „Rückübernahmeabkommens“ nach Syrien abzuschieben.

„Angesichts der aktuellen Lage in Syrien muss Deutschland das Rückübernahmeabkommen mit Syrien sofort kündigen und weitere Abschiebungen nach Syrien sofort stoppen“ sagt Agnes Andrae vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Für Herrn Mho besteht eine akute Gefahr, dass er im Falle ei-ner Abschiebung unmittelbar inhaftiert wird. Daher ist es untragbar, dass die Ausländerbehörde in Landshut ihn jetzt abschieben will. Wir fordern das Innenministerium dazu auf, die Abschiebung von Herrn Mho zu stoppen und ihn aus der Abschiebehaft frei zu lassen.“

Flüchtingsrat Bayern ■

Gedenkfeier zum 66. Jahrestag der Befreiung Wuppertals:

Ein Denkmal der Namen für Wuppertal

Am 15. April 2011 jährt sich der Tag der Befreiung Wuppertals durch die Truppen der US-Army zum 66. Mal. Zu diesem Wuppertaler Befreiungstag laden wir in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Geschichtsvereinen und Opferverbänden Angehörige von Wuppertaler NS-Opfern aus den USA, Israel, der Ukraine, Weißrussland, den Niederlanden und aus Frankreich nach Wuppertal ein.

Angehörige der ermordeten WiderstandskämpferInnen aus der Arbeiterbewegung werden ebenfalls zur Gedenkfeier erwartet. Darüber hinaus bemühen wir uns um die Einladung von Angehörigen der oftmals vergessenen NS-Opfer, wie z. B. der Wuppertaler Roma und Sinti, der Zeugen Jehovas, der Opfer der Militärjustiz, der Euthanasie-Opfer und von KZ-Gefangenen. Weitere Ehrengäste sind ehemalige niederländische Zwangsarbeiter, Veteranen der US-Army, die Wuppertal befreit haben und die Angehörigen der Roten Armee, die im Veteranenclub der jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal organisiert sind.

Am 15. April soll im Beisein der Angehörigen eine Gedenktafel mit 3.100 Namen Wuppertaler NS-Opfer am kommunalen Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus im Deweerth'schen Garten in Wuppertal-Elberfeld enthüllt werden. Am Denkmal für die NS-Opfer soll damit ein Ort in Wuppertal entstehen, an dem die Namen der Getöteten nachgelesen werden können und an dem die Opfer geehrt werden.

Digitales interaktives Gedenkbuch www.gedenkbuch-wuppertal.de

Der zweite Schwerpunkt der Gedenkfeier am 15. April 2011 ist die Präsentation des digitalen und interaktiven Gedenkbuches www.gedenkbuch-wuppertal.de, das den Opfern des Nationalsozialismus in Wuppertal ihre Namen, ihre Gesichter und – soweit möglich – ihre Lebensgeschichten wiedergeben soll. Als Inspiration für das Projekt diente vor allem das „Denkmal der Namen" in Villach und die „Mauer der Namen" (le mur des Noms) im Memorial de la Shoah in Paris. Zum ersten Mal im deutschen Sprachraum entsteht damit im Internet ein Gedenkbuch, das explizit alle Opfergruppen berücksichtigt. Das digitale Gedenkbuch entsteht mithilfe interaktiver „Web 2.0"-Anwendungen. Es wird in deutscher, russischer und englischer Sprache online veröffentlicht und soll den internationalen Austausch und die Kommunikation mit Angehörigen der NS-Opfer und WissenschaftlerInnen befördern.

Mitarbeit am interaktiven Gedenkbuch

Während das Schicksal der Wuppertaler Juden, der ermordeten Angehörigen der Arbeiterbewegung und des kirchlichen Widerstands weitgehend erforscht ist, gibt es über die (vergessenen) Opfergruppen wie z. B. die Roma und Sinti, die Zeugen Jehovas, die als „Asoziale", „Arbeitsscheue" oder „Berufsverbrecher" ins KZ verschleppten Gefangenen, die „Euthanasie"-Opfer, über Homosexuelle, Deserteure und ZwangsarbeiterInnen kaum verlässliche und öffentlich zugängliche Informationen. Das wollen wir mit dem digitalen und interaktiven Gedenkbuch ändern.

Unsere Einladung richtet sich zum einen an die Familienangehörigen der Wuppertaler NS-Opfer. Helfen Sie, den Lebensgeschichten ihrer Angehörigen eine würdige Form zu geben. Zum anderen bitten wir die verschiedenen engagierten Einzelpersonen, Vereine, Kirchen und Verbände, LehrerInnen und DozentInnen, StudentInnen und SchülerInnen um Mithilfe bei Recherche und Formulierung der einzelnen Biographien. Glücklicherweise haben engagierte Bürger und Verbände den Kontakt zu den Wuppertaler NS-Opfern und ihren Familien in aller Welt gehalten. Es sind dabei über die Jahre vielfältige historische Materialien, Briefwechsel, Fotos und Filme entstanden. Wir möchten dazu einladen, Ihr Wissen, Ihre Recherchen, Ihre Fotos und Erinnerungen an die Wuppertaler NS-Opfer mit uns und der Öffentlichkeit zu teilen. Das Gedenkbuch wird interaktiv sein, und wartet auf Ihre Biographien, Dokumente, Briefe und Fotos.

Kontakt:
www.wuppertaler-widerstand.de
info@wuppertaler-widerstand.de
Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal e.V., NS-Spurensuche in Wuppertal e.V., Center for International Studies in Social Policy and Social Services der Bergischen Universität Wuppertal, DGB Wuppertal, Else Lasker Schüler Gesellschaft, IG Metall Wuppertal, Landesverband deutscher Sinti und Roma NRW, Stolpersteine in Wuppertal e.V., VVN-BdA Wuppertal ■

Freitag 15. April 2011 ab 15:00 Uhr im Deweerth'schen Garten am Denkmal für die NS-Opfer:
Gedenktafel-Enthüllung und Präsentation des interaktiven und digitalen Gedenkbuchs für die NS-Opfer aus Wuppertal – www.gedenkbuch-wuppertal.de
Es sprechen: Prof. Dr. Heinz Sünker, Bergische Universität Wuppertal; Peter Jung, Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal; Jacques Altmann, Paris, UDA, Resistance-Kämpfer und Auschwitz-Überlebender; Marianne Hecht-Wieber, VVN-BdA und Tochter des Widerstandskämpfers Emil Löhde; Roman Franz, Vorsitzender des Landesverbandes Sinti und Roma NRW; Ulrich Tesch, Angehöriger von einem Wuppertaler Euthanasieopfer; Jürgen Stamm, ehemaliger 1. Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart
Kulturprogramm im Festzelt mit: Roswita Dasch, Uli Klan und Erhard Ufermann; ab 18:00 Uhr Konzert mit Microphone Mafia

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Gefördert von: Barmenia Versicherung; Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie"; Deutsche Bank AG Wuppertal; DGB Wuppertal; Hans Böckler Stiftung; IG Metall Wuppertal; Ökofonds Bündnis 90 DIE GRÜNEN NRW;Rosa Luxemburg-Stiftung; Stadtsparkasse Wuppertal; Stiftung Erinnerung, Landau; Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ) Berlin; Stiftung Kalkwerke Oetelshofen; Stiftung W.; Verdi Wuppertal.

Chaos in der Regierung?

Junge Freiheit Nr. 13/11 vom 25. März 2011

Chefredakteur Dieter Stein beschuldigt die Bundeskanzlerin des Opportunismus. Die Bundesregierung hätte das Moratorium nicht beschließen dürfen, damit habe sie alle Grundsätze über Bord geworfen. Denn nicht das grauenhafte, von Menschen zu verantwortende Unglück in Fukushima verlangt nach politischen Reaktionen, sondern Stein meint, die Regierung habe sich von einem „hysterischen Medienrummel“ dazu treiben lassen, die Energiepolitik zu ändern.

In der gleichen Ausgabe veröffentlicht das Blatt einen Aufsatz, in dem die Gefahren der Atomenergie beschworen werden. Und der ehemalige Grünen-Politiker Oswald Metzger, der 2007 zur CDU wechselte, gibt dem Blatt ein Interview und behauptet, die Laufzeitverlängerung sei in der CDU ganz unbeliebt gewesen. Metzger hofft auf neue schwarz-grüne Gelegenheiten: „Sie werden sehen, wie schnell man sich wieder annähert, wenn es nur darauf ankommt.“ Worauf es ankommt, erläutert Metzger nicht.

Der Leitartikel dieser Ausgabe widmet sich der „visionären Literatur“ und schafft dem Blatt mal wieder Gelegenheit, vorgebliche islamische Gefahr zu beschwören. Das Blatt bezieht sich auf einen französischen Roman aus den siebziger Jahren, der erzählt, wie hunderttausende hungernde Inder in Europa einfallen, das dies widerstandslos über sich ergehen lässt. Dies nimmt das Blatt ohne Umstände zum Anlass, daraus eine „kombinierte Zeitbombe aus demografischer Entwicklung und der Einwanderung nichtassimilierbarer, besonders muslimischer Massen“ zu machen. Da dies bekanntermaßen nicht der Realität entspricht – der Wegzug von Migranten aus der Bundesrepublik ist inzwischen größer als der Zuzug – muss man sich fragen, wie der Autor zu dieser Erkenntnis gelangt. Dabei hilft vielleicht ein Zitat aus dem Aufsatz: „Ohne Emotionen gibt es keine Erkenntnis, die in die Eingeweide vordringt und einen Ansporn zur Tat setzt.“

Wer seine Synapsen in den Eingeweiden wirken lässt, muss die Realität nicht zur Kenntnis nehmen.

Dem Blatt kommt der konservative Hintergrund abhanden

Junge Freiheit Nr. 14/11 vom 1. April 2011

Der Wahlausgang in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ist für das Blatt in mehrfacher Hinsicht bedeutend: Zum einen hoffte die Redaktion immer mal wieder, dass sich aus enttäuschten CDU-Mitgliedern eine neue, wirksame rechte Partei entwickeln könnte.

Zum anderen ist das Abschneiden der Republikaner in Baden-Württemberg (1,1 %) und Rheinland-Pfalz (0,8 %) so niedrig, dass wenig Aussicht besteht auf die Herausbildung einer solchen Partei. Die REPs setzen nun verstärkt auf eine Kooperation mit den Pro-Truppen um Markus Beisicht, auch wenn sie sich dabei aufgeben müssen.

Das Blatt zitiert den Republikaner-Vorsitzenden Schlierer mit der Feststellung, es sei nicht sicher, ob die Republikaner noch einmal unter ihrem Namen kandidieren werden. In Berlin unterstütze man die Kandidatur von Pro Berlin.

Die CDU indes begebe sich in die „totale Kapitulation“ titelt das Blatt und Chefredakteur Dieter Stein fordert mal wieder die Bildung einer Partei, die sich „Sarrazins Programm“ zu eigen machen soll. Aus der Union sei solches nicht zu erwarten.

Voigt in Erklärungsnöten

Angesichts des verpassten Einzugs in den Landtag von Sachsen-Anhalt und der mageren Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg für die nun mit der DVU vereinigte NPD versucht sich der Bundesvorsitzende Udo Voigt in Schadensbegrenzung: „Gut 80 Prozent der Bevölkerung stimmten bislang den Thesen Sarrazins zu“, so Voigt, und wo doch „die Kompetenz der NPD“ vor allem der Ausländer- und Asylpolitik liege, wieso blieben da die Wahlerfolge aus? Um diesen Fragen nachzugehen, kündigt Voigt eine Sondersitzung des Parteivorstandes mit allen Landesvorsitzenden an, Thema: „Wahlanalysen und Folgerungen für die künftige strategische inhaltliche Ausrichtung der NPD“.

Inhaltlich fällt ihm dann aber nichts Neues ein: „Für mich gibt es in der Politik allerdings Prinzipien in der Frage der deutschen Souveränität, der Überfremdung, sowie dem Bekenntnis zum Abstammungsprinzip und der Tatsache, daß sozial eben nur national geht.“ Die Ursache der Wahlschlappe ist auch schnell festgemacht: „Die jüngsten Stimmenzugewinne der multikulturellen Blockparteien basieren auf dem Unglück der Menschen angesichts einer unberechenbaren Naturkatastrophe“.

Wahlergebnisse in Baden-Württemberg
REP 56.723, 1,1 %, 2006: 100.081, 2,5 %
NPD 48.209, 1,0 %, 2006: 29.219, 0,7 %

Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz
REP 15.626, 08 %
NPD 20.562, 1,1 %
Das mag in Prozentzahlen wenig sein, sind aber immer noch 140.000 Stimmen zu viel...

Das wahlkämpfende Parteivolk lobt er mit den blumigen Worten „Was unsere Aktivisten und Spender an Opfern für unsere nationale Sache erbrachten, war das Lebenselixier für unsere Wahlkämpfe vor Ort, um den diabolischen Kräften der Verderbnis entgegentreten zu können.“ Wo diese diabolischen Kräfte zu verorten sind, wird auch gleich festgeklopft: „Während sich viele unserer Spender den Euro regelrecht vom Munde absparten und unsere Wahlhelfer teilweise bis zum Umfallen arbeiteten, schütten jene politischen Kräfte, die jede nationale Regung als Bedrohung ihrer gut dotierten Statthalterolle begreifen, Millionen und Abermillionen in Umerziehungsprogramme wie den ‚Kampf gegen Rechts‘…. Es ist in der Tat ein ungleicher Kampf, den wir in einem Klima der Angst zu führen haben.“ Am Ende dann noch die üblichen Durchhalteparolen: „Wer, wenn nicht die NPD, ist die Kraft, die das deutsche Volk aus der Versklavung führt?.... Halten Sie der deutschen Sache ihre unverbrüchliche Treue…“ *Quelle: website der NPD* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507